

Vorhabenträger:



NLWKN
Betriebsstelle Lüneburg
Adolph-Kolping-Str. 6
21337 Lüneburg



NLStBV
Geschäftsbereich Lüneburg
Am Alten Eisenwerk 2d
21339 Lüneburg

Wiederherstellung der Hochwasserschutzfunktion des Wehres Wehningen

**Ersatzneubau der Hochwasserschutz- und Wehranlage mit
Herstellung der ökologischen Durchgängigkeit und
Ersatzneubau der Straßenbrücke im Zuge der B 195**



**- Synopse mit Erwiderungen der Vorhabensträger
vom 25.03.2024 -**

Lfd. Nr.	Kurzzusammenfassung	Wörtliche Wiedergabe der Stellungnahmen/Einwendungen	Erwiderung / weitere Planungsschritte
A		Träger öffentlicher Belange	
A.1		Bundeswehr - Bundesamt für Infrastruktur Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr	
A.1.1	Keine Bedenken	Klassifizierung: ÖFFENTLICH/PersDat Schutzbereich 1 Sehr geehrte Damen und Herren, vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage werden Verteidigungsbelange nicht beeinträchtigt. Es bestehen daher zum angegebenen Vorhaben seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände. Im Auftrag Mit freundlichen Grüßen Weinand	Keine Handlung erforderlich
A.2		Niedersächsische Landesforsten – Forstamt Sellhorn	
A.2.1	Keine Bedenken	Sehr geehrter Herr Hennig, aus waldfachlicher Sicht werden folgende Anmerkungen und Anregungen vorgetragen: Nördlich an das Plangebiet grenzt ein Kiefernwald, der als Wald im Sinne des § 2 NWaldLG zu beurteilen ist. Nach den vorgelegten Planunterlagen wird dieser Wald nicht überplant. Sollten sich im Laufe der Planung Änderungen ergeben, die den Wald in Anspruch nehmen, würde dieses eine Waldumwandlung darstellen, die nach § 8 NWaldLG durch eine Ersatzaufforstung zu kompensieren ist.	Wird im Rahmen der Planung beachtet sofern zutreffen.
A.2.2	Keine Bedenken	Zum Schutz des Waldrandes und der angrenzenden Bäume sind die Vorgaben der DIN 18920 (Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen) zu beachten. Diese Stellungnahme erfolgt in Abstimmung mit dem LWK-Forstamt Uelzen. Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag Burkhard v. List	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen der Planung beachtet. Das Maßnahmenblatt 1.9 V wurde um die Berücksichtigung der Vorgaben der DIN 18920 ergänzt.
A.3		Deutsche Telekom Technik GmbH Fiber Factory – Technik Niederlassung Ost, PTI 23, Sb Team Betrieb 1	
A.3.1	Keine Bedenken	Sehr geehrter Herr Hennig, die Telekom Deutschland GmbH – als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 1 TKG – hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegsicherung wahrzunehmen	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen der Planung beachtet.

Lfd. Nr.	Kurzzusammenfassung	Wörtliche Wiedergabe der Stellungnahmen/Einwendungen	Erwiderung / weitere Planungsschritte
		<p>sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <p>Anbei die aktuellen Bestandspläne der Telekommunikationslinien der Telekom. Wir bitten Sie, die Ihnen überlassene Planunterlage nur für interne Zwecke zu benutzen und nicht an Dritte weiterzugeben.</p> <p>Gegen die o. g. Planung haben wir dann keine Einwände, wenn für die Telekom die erforderlichen Unterhaltungs- und Erweiterungsmaßnahmen an ihrem ober- und unterirdischen Kabelnetz jederzeit möglich sind und die nachfolgend genannten Auflagen und Hinweise eingehalten werden.</p> <p>Die in den übersandten Lageplänen als „nicht aktive“ gekennzeichnete TK-Linie wird nicht mehr genutzt und muss nicht zwingend berücksichtigt werden. Wir bitten bei weiteren Planungen sicherzustellen, dass die vorhandenen aktiven TK-Linien möglichst unverändert in ihrer jetzigen Lage ohne Überbauung verbleiben können. Geländeänderungen im Bereich unserer Trassen (z.B. Höhenprofiländerungen) müssen in jedem Falle mit uns abgestimmt werden. Bei Freilegung der Telekommunikationslinien während der Baumaßnahme sind diese durch geeignete Maßnahmen zu schützen und zu sichern (z. B. durch Halbrohre).</p> <p>Unsere Leitungen sind in der Regel mit einer Überdeckung von ca. 60 cm Innerorts, bis zu 90 cm außerorts, verlegt.</p>	
A.4		Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg	
A.4.1	Keine Bedenken	<p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>gegen den vorgelegten Entwurf bestehen aus Sicht der von mir zu vertretenden Belange des anlagenbezogenen Immissionsschutzes keine Bedenken. Als Immissionsschutzbehörde betreibe ich keine eigenen Planungen. Diese Stellungnahme erfolgt ausschließlich auf elektronischem Weg. Ich bitte um Übersendung einer digitalen Ausfertigung des rechtsverbindlichen Planfeststellungsbeschlusses.</p>	Keine Handlung erforderlich
A.5		Biosphärenreservatsverwaltung Niedersächsische Elbtalaue	
A.5.1		<p>Die Biosphärenreservatsverwaltung nimmt für den Gebietsteil C des Biosphärenreservats „Niedersächsische Elbtalaue“ die Aufgaben der unteren Naturschutzbehörde wahr. Das Bauvorhaben selbst und einige Kompensationsmaßnahmen betreffen teilweise den Gebietsteil C. Ich sehe daher die Belange der BRV von dem geplanten Vorhaben betroffen.</p> <p>Die Planung wurde umfangreich mit der BRV abgestimmt, wofür wir uns ausdrücklich bedanken.</p>	Keine Handlung erforderlich

Lfd. Nr.	Kurzzusammenfassung	Wörtliche Wiedergabe der Stellungnahmen/Einwendungen	Erwiderung / weitere Planungsschritte
		Zum UVP-Bericht Zum UVP-Bericht inklusive zugehöriger Karten habe ich keine Anregungen oder Hinweise vorzubringen.	
A.5.2		Zur FFH-Verträglichkeitsprüfung <u>Hinweis zur Inanspruchnahme des LRT 6510:</u> Auf S. 39 ist dargelegt, dass der Lebensraumtyp „Magere Flachland-Mähwiesen (LRT 6510) mit einem Flächenverlust von 245 m ² betroffen ist und dass dieser Verlust bezogen auf den Orientierungswert gem. Lamprecht und Trautner (2007) von 1.000 m ² unerheblich ist. Es wird darauf hingewiesen, dass im Hinblick auf das laufende EU-Vertragsverletzungsverfahren bezüglich des unzureichenden Schutzes dieses Lebensraumtyps, aber auch hinsichtlich der starken Gefährdung des LRT in der kontinentalen Region (siehe hierzu Vollzugshinweis LRT 6510 in der aktuellen Version von 20222) und der schwere Regenerierbarkeit diesseits jeder Flächenverlust als erheblich bewertet wird. Der Lebensraumtyp ist daher entsprechend in mindestens gleicher Flächengröße wiederherzustellen. Das ist aber durch die Umsetzung der Maßnahme 2.1. A auch gewährleistet.	Die Fachkonventionen des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) von Lambrecht & Trautner (2007) zur Bewertung der Erheblichkeit in der FFH-Verträglichkeitsprüfung (FFH-VP) sind als Stand von Wissenschaft und Technik anerkannt, gerichtlich bestätigt. Die geforderte Abweichung von den Orientierungswerten der Fachkonventionen ist grundsätzlich denkbar, bedarf aber der fachlich validen und nachvollziehbaren Darlegung. Das laufende Vertragsverletzungsverfahren oder die Gefährdungssituation sind somit kein Grund für eine Abweichung von der Fachkonvention. Somit ist nicht jeder kleinteilige Verlust automatisch erheblich. Im vorliegenden Fall wird der Verlust von 245m ² im Verhältnis 1:2 über fachliche geeignete Ausgleichsmaßnahme kompensiert und ist somit gewährleistet.
A.5.3a		Zum landschaftspflegerischen Begleitplan <u>Hinweis zur Maßnahme 2.1 A (Grünlandentwicklung):</u> Gemäß Maßnahmenbeschreibung ist dargestellt, dass sich die artenarme Grünlandfläche durch Nutzungsextensivierung und Aktivierung von vorhandenem Diasporenpotenzial zu artenreichen Beständen entwickeln soll. Die Samen wertgebender, in der Regel krautiger, Grünlandarten sind im Regelfall aber nur wenige Jahre keimfähig, d.h. es ist nicht anzunehmen, dass sich in absehbaren Zeiträumen artenreiche Bestände infolge einer ausschließlichen Extensivierung entwickeln werden. In verschiedenen Untersuchungen wurde dieses bestätigt. Da aber die angrenzende Fläche durch Regiosaatgut begrünt werden soll, können in diesem Fall neu angesäte Arten - wenn auch nur langsam – in das bisher artenarme Grünland einwandern, wenn die bestehende Grasnarbe des artenarmen Grünlands ausreichend lückig ist. Der Hinweis auf die Aktivierung des Diasporenpotenzials sollte daher entfallen und alternativ auf das Einwandern aus der neu angesäten Fläche abgehoben werden.	Maßnahme 2.1A: der Hinweis wird berücksichtigt und das Maßnahmenblatt wird im Blaudruck entsprechend geändert. Vor der konkreten Umsetzung wird eine landschaftspflegerische Ausführungsplanung (LAP) erstellt. Diese wird dann auch mit den zuständigen unteren Naturschutzbehörden abgestimmt. Details ggü. der Maßnahmenbeschreibung im LBP können dann noch mitberücksichtigt werden.

Lfd. Nr.	Kurzzusammenfassung	Wörtliche Wiedergabe der Stellungnahmen/Einwendungen	Erwiderung / weitere Planungsschritte
A.5.3b		<p><u>Hinweise zur Maßnahme 2.3 A (Entwicklung Sandmagerrasen):</u> Die Fläche zur Entwicklung von Sandmagerrasen liegt in der Abteilung 3044 a und nicht wie im Maßnahmenblatt dargestellt in der Abteilung 3047 a1, was entsprechend zu korrigieren wäre. Zudem liegt die Fläche innerhalb des von den Niedersächsischen Landesforsten konzipierten Flächenpools für Kompensationsdienstleistungen „Stixer Sandberge“. Ein Antrag auf Abstimmung des Fachkonzepts wurde zwischenzeitlich bei der Biosphärenreservatsverwaltung als für den Gebietsteil C zuständige untere Naturschutzbehörde eingereicht und wird diesseits bearbeitet. Für die Fläche wird eine grundbuchliche Sicherung erforderlich. Im Maßnahmenblatt sollten daher zur Vervollständigung der Angaben unter „Hinweise für die Ausführungsplanung, Hinweise zum Grunderwerb und zur dinglichen Sicherung“ ein Verweis auf den Flächenpool und die noch erforderliche grundbuchliche Sicherung erfolgen. Zu dieser externen Maßnahme sind mir die entsprechenden unterzeichneten Verträge zur Übertragung der Durchführung der Kompensationsmaßnahmen vorzulegen. Zudem bitte ich um Informationen über die erfolgreiche Maßnahmenumsetzung.</p>	<p>Maßnahme 2.3A: Der Hinweis zur geänderten Abteilung des Flurstücks wird im Maßnahmenblatt im Blaudruck entsprechend geändert. Die benötigten Daten zur Fläche werden seitens der Niedersächsischen Landesforsten übermittelt, da diese dem Flächenpool „Stixer Sandberge“ umfassen.</p> <p>Die vertragliche Sicherung erfolgt zwischen NLWKN und den Niedersächsischen Landesforsten. Der Vertrag kann im Anschluss vorgelegt werden. Zwischen zwei öffentlichen Trägern ist die vertragliche Sicherung ausreichend, auf eine zusätzliche grundbuchliche Sicherung wird daher verzichtet. Der Hinweise wurden im Maßnahmenblatt 2.3A als Blaudruck entsprechend berücksichtigt.</p>
A.5.4		<p>Zum artenschutzrechtlichen Fachbeitrag Zum artenschutzrechtlichen Fachbeitrag habe ich keine Anregungen oder Hinweise vorzubringen.</p>	Keine Handlung erforderlich
A.5.5a		<p>Allgemeine Hinweise <u>Baubesprechungen:</u> Der zuständigen unteren Naturschutzbehörde ist die regelmäßige Teilnahme an Baubesprechungen zu ermöglichen und die Protokolle der Baubesprechungen sind der zuständigen unteren Naturschutzbehörde zur Verfügung zu stellen.</p>	Wird zur Kenntnis genommen. Den UNB wird die Möglichkeit zur Teilnahme am allgemeinen Teil der Baubesprechungen gegeben. Die naturschutzfachliche Begleitung des Vorhabens wird durch die eingesetzte Umweltbaubegleitung wahrgenommen.
A.5.5b		<p><u>Kompensationsverzeichnis:</u> Die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen und die dafür in Anspruch genommenen Flächen werden in einem Kompensationsverzeichnis erfasst. Die Führung des Kompensationsverzeichnisses für die im Gebietsteil C gelegenen Kompensationsflächen obliegt der BRV als zuständige Naturschutzbehörde. In diesem Zusammenhang besteht für die Zulassungsbehörde gemäß § 17 Abs. 6</p>	Die benötigten Angaben zur Führung eines Kompensationsverzeichnisses werden nach erfolgter Planfeststellung entsprechend übermittelt

Lfd. Nr.	Kurzzusammenfassung	Wörtliche Wiedergabe der Stellungnahmen/Einwendungen	Erwiderung / weitere Planungsschritte
		BNatSchG eine Verpflichtung zur Übermittlung der für die Führung des Kompensationsverzeichnisses erforderlichen Angaben. Ich bitte daher um eine entsprechende Mitteilung nach erfolgter Planfeststellung.	
A.6		Landkreis Ludwigslust-Parchim	
A.6.1	Keine Bedenken	Sehr geehrter Herr Hennig, vielen Dank für die Beteiligung. Dieses Vorhaben liegt im Bereich des Biosphärenreservats „Niedersächsische Elbtalaue“. Daher liegt die Zuständigkeit hier bei der dortigen Biosphärenreservatsverwaltung. Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.	Keine Handlung erforderlich
A.7		Landwirtschaftskammer Niedersachsen Bezirksstelle Uelzen	
A.7.1	Keine Bedenken	Sehr geehrte Damen und Herren, Sehr geehrter Herr Henning, wir bedanken uns für die Aufforderung zur Stellungnahmen im Rahmen des o.g. Planfeststellungsverfahrens. Nach Durchsicht der Unterlagen bestehen hinsichtlich der durch uns zu vertretenden Belange derzeit keine Anregungen, Anmerkungen oder Bedenken.	Keine Handlung erforderlich
A.8		Landwirtschaftskammer Niedersachsen Bezirksstelle Uelzen	
A.8.1	Keine Bedenken	Sehr geehrter Herr Henning, aus waldfachlicher Sicht bestehen aus Sicht des Forstamtes Uelzen keine Bedenken gegen das geplante Vorhaben. Aus den Planungsunterlagen geht hervor, dass kein Wald i.S.d. §2 Abs. 3 NWaldLG betroffen ist. Sollten sich jedoch auf unvorhergesehene Weise Umstände entwickeln, wodurch der umliegende Wald doch in Anspruch genommen werden muss, wäre dies eine Waldumwandlung und die Vorgaben des §8 NWaldLG wären zu beachten.	Keine Handlung erforderlich
A.9		LGLN-Kampfmittelbeseitigungsdienst	
A.9.1	Kostenpflichtige Luftbildauswertung wird empfohlen.	Für die Planfläche liegen dem Kampfmittelbeseitigungsdienst Niedersachsen die folgenden Erkenntnisse vor (siehe beigefügte Kartenunterlage): Empfehlung: Luftbildauswertung Fläche A Luftbilder: Die derzeit vorliegenden Luftbilder wurden nicht vollständig ausgewertet.	Wie gefordert werden Luftbildauswertungen im Zuge des weiteren Planungsprozesses neu beantragt.

Lfd. Nr.	Kurzzusammenfassung	Wörtliche Wiedergabe der Stellungnahmen/Einwendungen	Erwiderung / weitere Planungsschritte
		<p>Luftbilddauswertung: Nach durchgeführter Luftbilddauswertung wird keine Kampfmittelbelastung vermutet.</p> <p>Sondierung: Es wurde keine Sondierung durchgeführt.</p> <p>Räumung: Die Fläche wurde nicht geräumt.</p> <p>Belastung: Es besteht der allgemeine Verdacht auf Kampfmittel.</p>	
A.10		Gemeinde Amt Neuhaus	
A.10.1	Berücksichtigung Vorzugsvariante I der Machbarkeitsstudie	Bezüglich des o.g. Planfeststellungsverfahrens für die Wiederherstellung der Hochwasserschutzfunktion des Wehres bei Wehningen bittet die Gemeinde Amt Neuhaus um Beachtung der Planungen zum Vorhaben „Hochwasserschutz im Bereich Wehningen bis zur Landesgrenze Mecklenburg-Vorpommern“, basierend auf der Vorzugsvariante I der Machbarkeitsstudie vom 24.10.2017.	Ist sicherstellt, da NLWKN GB 2 in Vorhaben in unmittelbarer Nähe die entsprechenden Leitungsfunktion übernimmt.
A.11		NLStBV GB Lüneburg	
A.11.1	Keine Bedenken	Bei der Maßnahme handelt es sich um eine Gemeinschaftsmaßnahme des NLWKN, Betriebsstelle Lüneburg und der NLStBV, Geschäftsbereich Lüneburg. Die in dem Link zur Verfügung gestellten Dateien (Straßenbrücke im Bereich der B 195, Abschnitt 10 ca. Station 750 bis ca. Station 920) wurden bereits im Vorfeld mit uns abgestimmt und geprüft. Eine Grundsatzvereinbarung, welche die Pflichten der jeweiligen Vertragsparteien regelt wurde bereits im Vorfeld abgeschlossen. Daher sind weitere Anmerkungen unsererseits nicht erforderlich.	Keine Handlung erforderlich
A.12		Landkreis Prignitz	
A.12.1		Aus Sicht des LK Prignitz wird eine Fehlmeldung abgegeben.	Keine Handlung erforderlich
A.13		WEMAG Netz GmbH	
A.13.1		Im Plangebiet befinden sich eine 20 KV Freileitung und eine Freiluftstation der WEMG-Netz GmbH. Diese müssen im Zuge einer Baudurchführung umverlegt bzw. ersetzt werden. Die 20-kV-Freileitung zwischen Rüterberg und Wehningen soll durch ein Erdkabel ersetzt werden. Für die Versorgung der Wehranlage ist eine neue Kompaktrafostation als Ersatz der vorhandenen Gittermast-Trafostation geplant. Der neue Stationsstandort und die Kabeltrassen einschließlich Löcknitzquerung wurden mit NLWKN-Betriebsstelle Lüneburg abgestimmt.	Wird zur Kenntnis genommen. Die WEMAG wird in den weiteren Planungsprozess wie bisher eng eingebunden.

Lfd. Nr.	Kurzzusammenfassung	Wörtliche Wiedergabe der Stellungnahmen/Einwendungen	Erwiderung / weitere Planungsschritte
		<p>Der neue Hausanschluss für die Wehranlage muss nach Anmeldung bei der WEMAG noch endgültig festgelegt werden.</p> <p>Das Bauvorhaben wird zurzeit ausgeschrieben. Die Bauausführung ist für 2024 vorgesehen.</p> <p>Für alle Bau- und Planungsarbeiten an bzw. in der Nähe unserer Netzanlagen ist unsere „Schutzanweisung von Versorgungsleitungen und –anlagen“ zu beachten. Dieses Dokument ist für unser gesamtes Versorgungsgebiet verbindlich. Sie können es unter folgendem Pfad herunterladen: http://www.wemag-netz.de/_einzelseiten/leitungsauskunft/index.html</p> <p>Mit diesem Schreiben erhalten Sie als Anlage einen Bestandsplan mit Lage und Verlauf unserer Versorgungsleitungen/ -anlagen.</p> <p>Jede Auskunft wird protokolliert und ist 4 Wochen ab Auskunftsdatum gültig. Weitere Informationen zur Gültigkeit finden Sie in der Schutzanweisung.</p> <p>Hinweis: Bitte beachten Sie, dass Anlagen anderer Versorgungsträger und Einspeiser von regenerativen Energien vorhanden sein können!</p>	
A.14		Landkreis Lüneburg	
A.14.1 a		<p><u>Regionalplanung</u></p> <p>Die Erneuerung des Wehrbauwerks und die Wiederherstellung der ökologischen Durchgängigkeit der Löcknitz werden grundsätzlich begrüßt (3.2.4 05, 3.2.4 22 RROP 2010). Der Geltungsbereich des vorliegenden Planentwurfes für die Wiederherstellung der Hochwasserschutzfunktion des Wehres bei Wehningen - Ersatzneubau der Hochwasserschutz- und Wehranlage mit Herstellung der ökologischen Durchgängigkeit und Ersatzneubau der Straßenbrücke im Zuge der B 195' wird südwestlich der B 195 (Unterwasser der Löcknitz) mit folgenden Festlegungen des Regionalen Raumordnungsprogramms 2003 für den Landkreis Lüneburg i.d.F. der 1. Änderung 2010 (RROP 2010) überlagert:</p> <ul style="list-style-type: none"> + ein Vorranggebiet Natura 2000 (3.1.3 01 RROP 2010), dass das FFH-Gebiet „Elbeniederung zwischen Schnackenburg und Geesthacht“ und das EU-Vogelschutzgebiet „Niedersächsische Mittelelbe“ umfasst, und + ein Vorranggebiet Natur und Landschaft (3.1.2 08 RROP 2010), aufgrund von Kernflächen des Biosphärenreservats „Niedersächsische Elbtalaue“ (3.1.4 01 RROP 2010). <p>Es grenzt an:</p>	<p>Ziel des Vorhabens ist die Wiederherstellung der Hochwasserschutzfunktion des Wehres Wehningen. Dabei wird die Anpassung an den neuen Bemessungswasserstand und aktuelle technische und rechtliche Anforderungen (z.B. Herstellung der Durchgängigkeit) berücksichtigt. Für die Sicherstellung des Hochwasserschutzes vor Elbhochwasser muss an dieser Stelle die Lücke in der nördlich und südlich an die geplante HWSA anschließenden Deichlinie geschlossen werden. Eine darüberhinausgehende Planung bis hin zu einer vollständigen Renaturierung und ggf. erneuten Verlegung des Laufes der neuen Löcknitz ist nicht Bestandteil des Vorhabens</p> <p>Grundsätzlich wurden die Vorgaben der Raumplanung (RROP) für die Vorzugsvariante 2 im Rahmen der Bearbeitung der Genehmigungsunterlagen im Rahmen der Bearbeitung</p>

Lfd. Nr.	Kurzzusammenfassung	Wörtliche Wiedergabe der Stellungnahmen/Einwendungen	Erwiderung / weitere Planungsschritte
		<ul style="list-style-type: none"> + ein Vorranggebiet Grünlandbewirtschaftung (3.1.2 10 RROP 2010) beidseitig der Löcknitz, das auch ein Vorranggebiet Hochwasserschutz (3.2.4 01 RROP 2010) ist, und + den Elbe-Hochwasserdeich des „Vorranggebiets Deich“ (3.2.4 21 RROP 2010) nördlich im Plangebiet, der ebenfalls bei den Planungen zu beachten ist. <p>Darüber hinaus durchquert ein „Vorranggebiet regional bedeutsamer Wanderweg“ (4.1.2 14 RROP 2010) das Wehr im Plangebiet (vgl. Mobilität). Mit dem aktuell vorliegenden Planungsstand bestehen Zielkonflikte mit dem im Abschnitt 3.1.3 Ziffer 01 RROP 2010 festgelegten Ziel der Raumordnung „Vorranggebiet Natura 2000“, mit dem in Abschnitt 3.1.5 Ziffer 08 RROP 2010 festgelegten Ziel der Raumordnung „Vorranggebiet Natur und Landschaft“, sowie mit dem im Abschnitt 3.1.5 Ziffer 10 RROP 2010 festgelegten Ziel der Raumordnung „Vorranggebiet Grünlandbewirtschaftung“.</p> <p>Mit den im Abschnitt 3.2.4 Ziffer 20 und 21 RROP 2010 festgelegten Zielen der Raumordnung „Vorranggebiet Hochwasserschutz“ und „Vorranggebiet Deich“ bestehen keine Konflikte.</p> <p>Um den Anforderungen an die Vorranggebiete „Natura 2000“, „Natur und Landschaft“ sowie „Grünlandbewirtschaftung“ gerecht zu werden und ein Zielabweichungsverfahren gemäß § 6 Abs. 2 Raumordnungsgesetz (ROG) in Verbindung mit Raumordnungsgesetz (NROG) zu vermeiden, wird dringend empfohlen in den Planunterlagen zu ergänzen, warum und inwiefern mit der gewählten Variante 5 Nutzungs- und Entwicklungszielen dieser Vorranggebiete widersprochen wird und durch welche Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen Beeinträchtigungen vermieden werden sollen. Es sollte geprüft und transparent dargelegt werden, ob und wie der erhebliche bauliche Eingriff in den Naturraum durch eine Integration naturbasierter Lösungen vermindert werden kann. Eine mögliche Beeinträchtigung der Vorrangfunktion von Natura 2000, Natur und Landschaft, sowie Grünlandbewirtschaftung ist auszuschließen. Um die Wiedervorlage der überarbeiteten Unterlagen wird gebeten.</p>	<p>des UVP-Berichts ausgewertet. Es lassen sich keine grundsätzlichen Zielkonflikte in Bezug auf die Aussagen des RROP erkennen. Die Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen sind umfassend in der Maßnahmenkartei (Anhang I zum LBP) aufgeführt.</p> <p>Insbesondere die vorhandenen Vorranggebiete sind von besonderer Relevanz. Grundsätzliche Zielkonflikte in Bezug auf die genannten Vorranggebiete sind aufgrund der fachlichen Einschätzung des Vorhabenträgers durch die Vorzugsvariante nicht zu erkennen. Das Vorranggebiete Natura-2000, welches gleichzeitig ein Vorranggebiet für Natur und Landschaft darstellt, wird durch das Vorhaben nicht erheblich negativ beeinträchtigt,</p> <p>Das südlich angrenzende Vorranggebiet Grünlandbewirtschaftung wird nicht tangiert. Grünlandflächen außerhalb der Löcknitzverwaltung östlich und westlich angrenzend der Löcknitz werden durch das Vorhaben nicht beansprucht. Negative Auswirkungen können somit ausgeschlossen werden. Das Vorranggebiet Deich wird ebenfalls nicht negativ beeinflusst, durch Umsetzung des Vorhabens wird der durchgehende Hochwasserschutz hergestellt. Das östlich angrenzende Vorhaben „Hochwasserschutz im Bereich Wehningen bis zur Landesgrenze Mecklenburg-Vorpommern“, welches ebenfalls der Herstellung des durchgängigen Hochwasserschutzes dient, ist mit dem hier betrachteten Vorhaben abgestimmt und greift ineinander.</p>

Lfd. Nr.	Kurzzusammenfassung	Wörtliche Wiedergabe der Stellungnahmen/Einwendungen	Erwiderung / weitere Planungsschritte
			<p>Das Vorhaben berücksichtigt mit der Wiederherstellung der Durchgängigkeit den Grundsatz 3.2.4 05 RROP</p> <p>Das Vorhaben beachtet mit der Wiederherstellung der Hochwasserschutzfunktion des Wehres das Ziel 3.2.4 22 RROP. Die Belange der Siedlungsentwicklung, der Wirtschaft, der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft, des Naturschutzes, des Denkmalschutzes, der Landschaftspflege, des Tourismus und der Erholung sowie Klimaänderungen (3.2.4 10 S.4 LROP) sind in der Planung berücksichtigt</p> <p>Das Vorhaben beachtet das Ziel 3.1.1 05 RROP. Das Maßnahmenverzeichnis des LBP setzt die erforderlichen Vermeidungs-, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen fest.</p> <p>Das Vorhaben berücksichtigt den Grundsatz 3.1.2 03 RROP. Der Vorhabenträger ist der Verpflichtung, vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu unterlassen (§ 15 Abs. 1 BNatSchG) mit seinem LBP nachgekommen.</p> <p>Das Vorhaben beachtet das Ziel 3.1.2 08 RROP. Das überlagernde Vorranggebiet Natur und Landschaft bleibt vor störenden Einflüssen oder Veränderungen geschützt. Soweit Verbotstatbestände des NEIbtBRG bzw. der Ergänzungsverordnungen des Landkreises erfüllt sind, wird Befreiung gem. § 67 BNatSchG gewährt. Unvermeidbare Beeinträchtigungen werden gem. § 15 Abs. 2 BNatSchG ausgeglichen oder ersetzt.</p>

Lfd. Nr.	Kurzzusammenfassung	Wörtliche Wiedergabe der Stellungnahmen/Einwendungen	Erwiderung / weitere Planungsschritte
			Das Ziel 3.2.3 01 RROP wird beachtet. Das Vorhaben ist gem. § 34 Abs. 2 BNatSchG zulässig.
A.14.1 b		<p>Es ist bedauerlich, dass eine natürliche Fließgewässerentwicklung und ein vorsorgendes Hochwassermanagement durch Rückgewinnung von Retentionsraum bzw. eine Sicherung geeigneter temporärer Überflutungsflächen (auf land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen) im Einzugsbereich der Löcknitz im vorliegenden Planvorhaben nicht erkennbar ist. Die aktuelle Planung steht damit nicht im Einklang mit den bundesweiten Zielen des nationalen Hochwasserschutzprogramms (NHWSP, 2014) „Den Flüssen mehr Raum zu geben“ und dem Bundesprogramm ‚Blaues Band‘. Oberstes Ziel sollte es sein, den natürlichen Wasserrückhalt im gesamten Einzugsgebiet der Elbe zu verbessern. Um das Risiko einer Hochwasserentstehung zu verringern, sollte bereits im Quellfluss Löcknitz Wasser in der Landschaft zurückgehalten werden. Ein naturbasierter Ansatz wäre zielkonform mit den naturschutzrechtlich streng nach FFH-Richtlinie und Bundesnaturschutzgesetz geschützten Gebieten südwestlich des Plangebiets und mit für Niedersachsen festzulegenden ökologischen Entwicklungszielen für den Mündungsbereich des WRRL-relevanten Fließgewässers Löcknitz (Kap. 5.5.3.1 Umweltbericht).</p> <p>Abweichend von vorgelagerten EU-, Bundes- und Landeszielen führt das Vorhaben zu erheblichen Eingriffen in Natur und Landschaft mit neuen Flächenversiegelungen im natürlichen Überschwemmungsbereich der Elbe und Löcknitz und damit zu einem voranschreitenden Entzug von Wasserrückhalt- und Versickerungsfläche. Zur Planung des Ausgleichs von Beeinträchtigungen auf Natur und Landschaft und um den bundesweiten Biotopverbund entlang der Fließgewässer zu sichern, ist ein Flussgebietsentwicklungsplan für die Renaturierung der Neuen Löcknitz mit Wiederherstellung von Auenbereichen und Retentionsflächen zu erarbeiten, der sich konsequent an die umfangreichen Renaturierungsmaßnahmen im oberen Flusseinzugsbereich der Löcknitz anschließt. Mit der vorliegenden Planung sind raumordnerische Ziele im RROP 2010 (und 1. Entwurf RROP 2025) zu einer Renaturierung des Fließgewässers Löcknitz und seiner natürlichen Überschwemmungsbereiche durch eine Verbesserung der Strukturgüte und mehr Raum für Gewässerdynamik nicht vereinbar (3.2.4 01, 05, 08 RROP 2010). Nach LROP 2022 3.2.4 11 Sätze 1 und</p>	<p>Ziel des Vorhabens ist die Wiederherstellung der Hochwasserschutzfunktion des Wehres Wehningen. Dabei wird die Anpassung an den neuen Bemessungswasserstand und aktuelle technische und rechtliche Anforderungen (z.B. Herstellung der Durchgängigkeit) berücksichtigt. Für die Sicherstellung des Hochwasserschutzes vor Elbhochwasser muss an dieser Stelle die Lücke in der nördlich und südlich an die geplante HWSA anschließenden Deichlinie geschlossen werden. Eine darüberhinausgehende Planung bis hin zu einer Rückverlegung auch der angrenzenden Hochwasserschutzanlagen (Deiche) ist nicht Bestandteil des Vorhabens.</p> <p>Der Grundsatz 3.2.4 05 RROP ist berücksichtigt, da die Wiederherstellung der Durchgängigkeit Teil des Vorhabens ist, Maßnahmen der Fließgewässerentwicklung sind nicht Gegenstand des vorliegenden Antrags, werden aber durch die Maßnahme auch nicht verhindert. Grundsatz 3.2.4 08 RROP ist nicht beachtlich, da der Grundsatz Anforderungen an</p>

Lfd. Nr.	Kurzzusammenfassung	Wörtliche Wiedergabe der Stellungnahmen/Einwendungen	Erwiderung / weitere Planungsschritte
		2 sind Überschwemmungsgebiete in ihrer Funktion als natürliche Rückhalte-räume, insbesondere in den Auen und an den Gewässern, zu erhalten. Landesweit sollen Wasserrückhaltemaßnahmen vorgesehen und die natürliche Hochwasserrückhaltung verbessert werden.	Maßnahmen des landwirtschaftlichen Wasserbaus beinhaltet.
A.14.1 c		<p>Das Planvorhaben steht im Konflikt mit regionalen Zielen der räumlichen Klimafolgenanpassung, insbesondere dem notwendigen Wasserrückhalt in der Landschaft (1.1 03; 3.2.4 01 RROP 2010) und mit dem Grundsatz II.1.4 des Bundesraumordnungsplans für Hochwasserschutz (BRPH, 2021). Gemäß II.1.4 (G) BRPH sollen Flächen, die zurzeit nicht als Rückhalteflächen genutzt werden, aber für den Wasserrückhalt geeignet und erforderlich sind, von entgegenstehenden Nutzungen freigehalten und als Retentionsraum zurückgewonnen werden. Dies gilt insbesondere für Flächen, die an ausgebaute oder eingedeichte Gewässer angrenzen. Darüber hinaus empfiehlt der integrale Ansatz des BRPH im Grundsatz I.3 eine sektor- und grenzüberschreitende Koordinierung von raumbedeutsamen Hochwasserschutzmaßnahmen in der Flussgebietseinheit als Bezugsraum räumlicher Planungen, welche zielführender als eine auf Verwaltungs- oder Planungsräume beschränkte Betrachtung des Themas ist.</p> <p>Zur Begründung der rein technischen Variante 5 und folglich der Unvermeidbarkeit des erheblichen Eingriffs in Natur und Landschaft empfehle ich dringend eine Nutzwertanalyse, die die Prüfung von naturbasierten Lösungen und Alternativflächen für wiederherzustellenden Retentionsraum an der Löcknitz einbezieht. Eine mögliche Planungsvariante „Optionen für die Hinterlandentwässerung“ wäre eine Kombination aus Maßnahmen zur Renaturierung der Neuen Löcknitz inklusive der Entwicklung von Überflutungsflächen stromaufwärts mit kleiner dimensionierten technisch-konstruktiven Hochwasserschutzmaßnahmen. Die geplanten Wehrmaßnahmen für die Bewässerung von landwirtschaftlichen Flächen, insbesondere in Trockenzeiten, bleiben davon unberührt. Ein insgesamt verbesserter Wasserrückhalt in der Landschaft hat in der Klimafolgenanpassung positive Auswirkungen auf die Landwirtschaft.</p>	Ziel des Vorhabens ist die Wiederherstellung der Hochwasserschutzfunktion des Wehres Wehningen. Dabei wird die Anpassung an den neuen Bemessungswasserstand und aktuelle technische und rechtliche Anforderungen (z.B. Herstellung der Durchgängigkeit) berücksichtigt. Für die Sicherstellung des Hochwasserschutzes vor Elbhochwasser muss an dieser Stelle die Lücke in der nördlich und südlich an die geplante HWSA anschließenden Deichlinie geschlossen werden. Eine darüberhinausgehende Planung bis hin zu einer Rückverlegung auch der angrenzenden Hochwasserschutzanlagen (Deiche) ist nicht Bestandteil des Vorhabens.
A.14.1 d		Hinsichtlich des im Abschnitt 4.1.2 Ziffer 14 RROP 2010 festgelegten Ziels der Raumordnung „Vorranggebiet regional bedeutsamer Wanderweg - Radfahren“ wird darauf verwiesen, dass mit dem Elberadweg ein Fernradwanderweg von überregionaler Bedeutung das Wehr quert (vgl. Mobilität). Radfahrende, die	Es wird an dieser Stelle davon ausgegangen, dass damit die auf der Fahrbahn der B 195 fahrenden Radfahrer gemeint sind. Hierzu ist

Lfd. Nr.	Kurzzusammenfassung	Wörtliche Wiedergabe der Stellungnahmen/Einwendungen	Erwiderung / weitere Planungsschritte
		<p>aus östlicher Richtung über die B 195 das Wehr queren, müssen direkt hinter dem Wehr die Straßenseite wechseln, um den Elberadweg entlang des Deichverteidigungsweges in westliche Richtung fortsetzen zu können. Sie sind damit einer erhöhten Gefahr durch den passierenden Straßenverkehr ausgesetzt. Für Radfahrende, die aus Richtung Rüterberg über das Wehr fahren, um ihren Weg auf der anderen Seite der Löcknitz entlang des Deichverteidigungsweges fortzusetzen, ist ein Überqueren der Straße nicht erforderlich.</p> <p>Gleichwohl handelt es sich bei der Brücke um eine Engstelle für den Begegnungsverkehr, welche kaum Raum für Ausweichmöglichkeiten lässt. Dies ist insbesondere deshalb problematisch, weil die Deichkrone, hinter der sich der Elberadweg fortsetzt, die Sicht auf den entgegenkommenden Radverkehr versperrt. Als Ziel der Raumordnung ist das Vorranggebiet regional bedeutsamer Wanderweg – Radfahren zwingend zu beachten und eine mögliche Beeinträchtigung auszuschließen.</p>	<p>zu sagen, dass der Elberadweg über Rüterberg und nicht über die Fahrbahn der B 195 führt. Der überwiegende Anteil des Radverkehrs wird daher nicht auf der Bundesstraße, sondern auf dem Elberadweg abgewickelt. Der Anteil der Radfahrenden auf der Bundesstraße dürfte daher äußerst gering ausfallen. Dies ist auch darin begründet, dass es zwischen Tripkau und der Einmündung Rüterberg auf der Seite Mecklenburg-Vorpommerns an der B 195 keinen straßenbegleitenden Radweg gibt. Neubauplanungen in diesem Abschnitt bestehen nicht bzw. sind seinerzeit verworfen worden. Eine Querungsmöglichkeit für Radfahrer nordwestlich des Bauwerks „Löcknitzbrücke“ ist daher nicht vorgesehen. Für die dennoch auf der Fahrbahn der B 195 fahrenden Radfahrer besteht die Möglichkeit sich im Bereich der Zufahrt zur Wehr- / Fischaufstiegsanlage aufzustellen, um bei Gegenverkehr die Fahrbahn sicher zu queren.</p> <p>An dieser Stelle wird zusätzlich wird auf den Charakter der gegenständlichen Planung hingewiesen, der lediglich eine reine Brückenerneuerung vorsieht. Darüber hinaus sei der problematische Grunderwerb und der entsprechende Flächenbedarf für eine Querungsmöglichkeit in dem Bereich genannt. So wurde das für die Bauwerksentwässerung erforderliche Versickerungsbecken im nordwestlichen Bereich nur über eine Dienstbarkeit gesichert.</p> <p>Die Erneuerung des Bauwerks erfolgt nach den geltenden technischen Regelwerken. Dabei wird die Breite des Radwegs auf dem Bauwerk bereits auf 3,00 m vergrößert. In den Anschlussbereichen ist eine Regelbreite von</p>

Lfd. Nr.	Kurzzusammenfassung	Wörtliche Wiedergabe der Stellungnahmen/Einwendungen	Erwiderung / weitere Planungsschritte
		Um den Anforderungen an einen regional wie überregional bedeutsamen Radwanderweg gerecht zu werden, wird deshalb dringend empfohlen, der Stellungnahme des Fachdienstes Mobilität zu folgen und darüber hinaus auch für den die Straßenseite wechselnden Radverkehr eine sichere Radverkehrsführung einzuplanen.	2,50 m vorgesehen. Damit wird dem Stand der Technik entsprochen. Eine darüberhinausgehende Verbreiterung ist weder vor dem Hintergrund der vorangegangenen Ausführungen, noch aufgrund des Haushaltsgrundsatzes sinnvoll.
A.14.1 e		<p>Nordöstlich der B 195 (Oberwasser der Löcknitz) überlagert das Plangebiet zusätzlich:</p> <ul style="list-style-type: none"> + Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft (3.1.2 09 RROP 2010), + Vorbehaltsgebiet für Forstwirtschaft (3.2.1 14 RROP 2010), sowie ein + Vorbehaltsgebiet für Erholung (3.2.3 06 RROP 2010). <p>Diese Vorbehaltsgebiete sind als Grundsätze der Raumordnung gem. § 4 ROG mit besonderem Gewicht in die Abwägung einzubeziehen. Es reicht nicht, sie u.a. in Kap. 4.5.2 und Kap. 4.5 des Umweltberichts 'Übergeordnete Planungen' zu benennen und zu argumentieren, dass von der Planung keine negativen Auswirkungen ausgehen. Es fehlen Ausführungen zu den Beeinträchtigungen der Vorbehaltsgebiete und es bedarf einer Begründung, warum keine negativen Auswirkungen zu erwarten sind bzw. bestehen. Die Begründung ist jeweils bei der Abwägung der Vorbehaltsgebiete Natur und Landschaft, Forstwirtschaft und Erholung zu berücksichtigen und die Abwägung in den Unterlagen entsprechend transparent zu machen. Die Schutzgutbewertungen im LBP könnten der Abwägung zugrunde gelegt werden.</p> <p>Darüber hinaus wird empfohlen über Festlegungen des Regionalen Raumordnungsprogramms 2003 in der Fassung der 1. Änderung 2010 hinaus bereits Festlegungen im 1. Entwurf des RROP 2025 zu berücksichtigen. Die im 1. Entwurf enthaltenen Ziel-Festlegungen sind aber aktuell noch nicht als Ziele in Aufstellung zu werten, da noch keine abschließende Abwägung und Überarbeitung erfolgt ist. Es sollte geprüft werden, ob die in der Neuaufstellung des RROP enthaltenen Ziel-Festlegungen vor Abschluss des Genehmigungsverfahrens als Ziele in Aufstellung zu berücksichtigen sind.</p> <p>Um das Benehmen herzustellen sind die Unterlagen entsprechend zu ergänzen.</p>	<p>Die Vorbehaltsgebiete Natur und Landschaft (3.1.2 09) und Erholung, die nordöstlich der B 195 liegen werden durch das Vorhaben nicht negativ verändert. Die landschaftsgebundene Erholung (3.2.3 06) bleibt weiter möglich, die Wegeverbindungen auf den östlichen und westlichen Löcknitzverwallungen bestehen fort. Auch die Entwicklung von Natur und Landschaft ist weiter uneingeschränkt möglich.</p> <p>Das Vorbehaltsgebiet Forstwirtschaft (3.2.3 06) ist nicht betroffen, da durch das Vorhaben keine Waldflächen entfernt werden oder Flächen beansprucht werden, die für eine Entwicklung von Wald in Betracht kommen. Somit können negative Auswirkungen ausgeschlossen werden.</p>
A.14.2 a		<p><u>Bodendenkmalschutz</u></p> <p>Zu den Inhalten bestehen Bedenken. Die Unterlagen sind zu überarbeiten.</p>	Die Stellungnahme des Fachdienstes Umwelt vom 22.06.21 ist vorliegend und wurde be-

Lfd. Nr.	Kurzzusammenfassung	Wörtliche Wiedergabe der Stellungnahmen/Einwendungen	Erwiderung / weitere Planungsschritte
		<p>Zu Unterlage 1.1. - UVP Bericht Kap. 5.8./5.8.2. S. 117 von 210 sowie Tab. 39, Tab. 40, Kap. 8.4.8 Schutzgut Kulturelles Erbe und Sonstige Sachgüter: In dem Kapitel wird auf die archäologischen Funde als Sachgüter eingegangen. Unter „Kap. 5.8.2 Bestand“ wird auf das Urnengräberfeld hingewiesen und auf eine mündliche Stellungnahme von Herrn Pahlow vom Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege. Zudem wird auf eine Stellungnahme des NLD vom 04.05.2020 Bezug genommen. Das Kapitel kommt zu dem Schluss, dass keine Schutzgüter vorhanden sind und dass eine Anzeigepflicht gem. § 14 NDSchG besteht für Sachen, die gefunden werden. Dem Fachdienst Umwelt liegt allerdings eine weitere Stellungnahme mit Datum vom 18.06.2021 vor, die auch an das Büro EGL sowie an den NLWKN gesendet worden ist (22.06.2021 STN an Herrn Hennig). Hierin wird darauf hingewiesen, dass Arbeiten im Bereich des Urnengräberfeldes archäologisch zu begleiten sind, da sich im Bereich des Gewässers noch Reste des Urnengräberfeldes befinden können. Dies wurde nach Rücksprache mit dem NLD (am 28.11.2023) noch einmal bestätigt. Die Arbeiten am Wehr im Bereich des Urnengräberfeldes sind archäologisch zu begleiten. Daher ist dieses Kapitel noch einmal zu überarbeiten. Bis dahin wird hierfür kein Benehmen hergestellt.</p>	<p>rücksichtigt, auch wenn diese nicht einzeln benannt aufgeführt ist. Nach mündlicher Aussage des NLD, Herrn Dr. Mario Pahlow ist diese Urnengräberfeld jedoch nicht mehr existent. Der Bereich des vermuteten Urnengräberfelds liegt außerhalb des Baufelds und wurde mindestens mit dem Wegebau in den 70er Jahren bereits überprägt. Angrenzend an diesen Bereich finden keine Abgrabungen statt. Hier sind lediglich weitere Aufschüttungen vorgesehen. Daher sind keine Schutzmaßnahmen erforderlich, weswegen auch keine weitere Berücksichtigung im Rahmen des UVP-Berichts erfolgt. Werden während der Baumaßnahme dennoch widererwartend auffällige Bodenveränderungen festgestellt, werden diese gem. § 14 NDSchG angezeigt.</p>
A.14.2 b		<p>Zu Unterlage Erläuterungsbericht Kap. 5.2 Denkmalschutz: Hier fehlt der Punkt Bodendenkmalschutz, es wird lediglich auf den Denkmalschutz Bezug genommen. „Weitere Denkmalschutzmaßnahmen sind für die Baumaßnahme nicht erforderlich.“ Hier bitte ich darum die Stellungnahme vom 22.06.2021 der Unteren Bodendenkmalschutzbehörde an Herrn Hennig zu beachten und in die Unterlagen aufzunehmen. Auszug aus der Stellungnahme: „Im Bereich des südlich der Löcknitz angelegten Teiches/Sees befand sich ein Urnengräberfeld, das bereits durch die bestehenden Baumaßnahmen weitestgehend zerstört ist. Die Planungsunterlagen erlauben keine Benennung von Flächen, die beim Bau der bestehenden Wehranlagen unversehrt blieben. Solche Flächen sind archäologisch zu begleiten, da sich hier Reste von dem Urnengräberfeld befinden können. Aus denkmalfachlicher Sicht sind daher die Erdarbeiten durch Ausgrabungen zu begleiten, damit die archäologischen Überreste dokumentiert, ausgegraben und geborgen werden.“ Entsprechend</p>	<p>Die Stellungnahme des Fachdienstes Umwelt vom 22.06.21 ist vorliegend und wurde berücksichtigt, auch wenn diese nicht einzeln benannt aufgeführt ist. Nach mündlicher Aussage des NLD, Herrn Dr. Mario Pahlow ist diese Urnengräberfeld jedoch nicht mehr existent. Der Bereich des vermuteten Urnengräberfelds liegt außerhalb des Baufelds und wurde mindestens mit dem Wegebau in den 70er Jahren bereits überprägt. Angrenzend an diesen Bereich finden keine Abgrabungen statt. Hier sind lediglich weitere Aufschüttungen vorgesehen. Daher sind keine Schutzmaßnahmen erforderlich, weswegen auch keine weitere Berücksichtigung im Rahmen des UVP-Berichts erfolgt.</p>

Lfd. Nr.	Kurzzusammenfassung	Wörtliche Wiedergabe der Stellungnahmen/Einwendungen	Erwiderung / weitere Planungsschritte
		ist zwingend im Vorfeld Kontakt mit dem NLD aufzunehmen, wie die Arbeiten am Wehr durch den Bodendenkmalschutz begleitet werden müssen. Daher ist dieses Kapitel noch einmal zu überarbeiten. Bis dahin wird hierfür kein Benehmen hergestellt.	Werden während der Baumaßnahme dennoch widererwartend auffällige Bodenveränderungen festgestellt, werden diese gem. § 14 NDSchG angezeigt.
A.14.3 a		<u>Natur- und Landschaftsschutz</u> Zu Unterlage Erläuterungsbericht Kap. 4.5.2 sowie 4.6.3 Vorarbeiten, Aufschüttungen, Arbeitsebene: Es wird beschrieben, dass die Flusssedimente im entsprechenden Löcknitzabschnitt herausgehoben, sowie der Mutterboden (nur Oberboden) am Ufer abgetragen wird. Es sollte in die Unterlagen eine Beschreibung aufgenommen werden, wie der Verbleib der Flusssedimente und des Mutterbodens geregelt werden wird und ob beides erneut eingebaut oder einer ordnungsgemäßen Verwertung zugeführt werden soll. Sollte es in einer der anderen Unterlagen hierzu eine Erläuterung geben, sollte ein Verweis eingefügt werden, um einen genaueren Überblick des Vorgehens zu vermitteln.	Die Schutzmaßnahmen zum Boden sind im LBP dargestellt, hier u. a. im Maßnahmenblatt 1.13 V Bodenschutzmaßnahmen nach DIN 19639. Die Flusssedimente und der Oberboden sollen zur Andeckung wiederverwendet werden, sofern die Schadstoffgehalte unter den entsprechenden Grenzwerten nach LAGA bzw. der zum Zeitpunkt der Bauausführung gültigen gesetzlichen Bestimmungen liegen. Kann eine Wiederverwertung aufgrund von Überschreitungen nicht erfolgen, wird der Boden und das Sediment fachgerecht entsorgt.
A.14.3 b		Kap. 4.5.3 sowie 4.6.4 Baugrube: „Sobald dieser Beton ausreichend tragfähig ist, wird das Wasser abgepumpt und unterhalb der Baugrube in die Löcknitz geleitet. Um eine Beeinträchtigung von Fischen und Makrozoobenthos auszuschließen, darf der pH-Wert der Löcknitz zu keinem Zeitpunkt den Wert 9 überschreiten. Das Abpumpen erfolgt daher dosiert, so dass eine Überschreitung dieses pH-Werts ausgeschlossen werden kann. Dieses Vorgehen ist mit der Unteren Naturschutzbehörde (UNB) sowie der Unteren Wasserbehörde (UWB) abgestimmt.“ Im Protokoll vom 16.12.2022 wurde abgestimmt, dass „Die temporär dosierte Einleitung des Baustellenwassers unter Ausnutzung des Verdünnungseffektes [...] in Ordnung [ist], sofern vor Ort geprüft wird, dass die Grenzwerte im Fließgewässer eingehalten werden. Zudem wies Frau Clemen darauf hin, dass kein Sedimenteintrag in die Löcknitz passieren darf. Ggf. sind Schutzvorrichtungen zur Wasserbehandlung vor Einleitung in die Löcknitz vorzusehen.“ Hier sollte eine genauere Beschreibung des Vorgangs des Abpumpens und der Kontrolle des pH-Wertes ergänzt werden. Auch sollte erläutert werden inwieweit ein Auffangbecken (vor Ort) installiert werden muss, in dem der pH-Wert kontrolliert wird, bevor das Wasser in die Löcknitz eingetragen wird bzw.	Die Schutzmaßnahmen zum Thema Einleitung von Baustellenwasser finden sich im Maßnahmenblatt 1.10V Durchführung von Fließgewässerschutzmaßnahmen des LBP. Zudem wird die Umsetzung durch die Umweltbaubegleitung begleitet. Die genaue technische Ausführung des Abpumpens des Wassers und der Einleitung unter Einhaltung eines unschädlichen pH-Wertes in die Löcknitz ist Bestandteil der technischen Ausführungsplanung. Während der gesamten Bauzeit wird lediglich 5-malig (jeweils nach Herstellung der Unterwasser-Betonsohle) Wasser mit erhöhtem pH-Wert eingeleitet. Dieses wird kontrolliert abgegeben, sodass in der Löcknitz ein unschädlicher pH-Wert eingehalten werden kann (weitergehende Erläuterungen s. Anlage).

Lfd. Nr.	Kurzzusammenfassung	Wörtliche Wiedergabe der Stellungnahmen/Einwendungen	Erwiderung / weitere Planungsschritte
		wie der Vorgang ansonsten umgesetzt wird. Auch sollte ein Verweis eingefügt werden, der auf die Maßnahmenkartei (Unterlage 3.2. Anhang I zum LBP) hinweist und umgekehrt. So ist es einfacher einen kompletten Überblick des Vorgangs zu vermitteln.	Hierbei ist kein signifikanter Sedimenteintrag zu erwarten, da aus festem Spundwandkasten mit Betonsohle von oben abgepumpt wird.
A.14.3 c		Zu Unterlage 1.1. - UVP-Bericht Zu den naturschutzfachlichen Inhalten des Umweltverträglichkeitsberichts mit entsprechenden Karten bestehen keine Bedenken. Den Begründungen, dass im Variantenvergleich die Variante mit den geringsten negativen Umweltauswirkungen gewählt wurde, kann gefolgt werden.	Kenntnisnahme, keine Handlung erforderlich
A.14.3 d		Zu Unterlage 2.1 - FFH – Verträglichkeitsprüfung sowie beigefügten Karten Dem Fazit aus dem Kap. 2.6.6 sowie aus dem Kap. 3.6 kann von hier aus gefolgt werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der betrachteten Natura 2000-Gebiete (FFH Gebiet Nr. 74 sowie Vogelschutzgebiet V37) können mit ausreichender Sicherheit ausgeschlossen werden. Daher stelle ich hiermit als untere Naturschutzbehörde das nach § 26 NatSchG i.V. mit § 34 BNatSchG erforderliche Benehmen über die Verträglichkeit des Projekts mit den Erhaltungszielen der o.g. Natura 2000-Gebiete her.	Kenntnisnahme, keine Handlung erforderlich
A.14.3 e		Zu Unterlage 3.1 – Landschaftspflegerischer Begleitplan In Kap. 4.5 (S.71 von 95) wird beschrieben, dass durch die Betroffenheit des A- und B16-Gebietsteils die Ergänzungsverordnungen des Landkreises tangiert werden. „Die ausgelösten Verbotstatbestände der Ergänzungsverordnungen sind im Zuge des Planfeststellungsverfahrens [es fehlt ein Wort] Befreiung gem. § 67 BNatSchG zu beantragen.“ Eine Befreiung gem. § 67 BNatSchG wurde in diesen Unterlagen noch nicht beantragt, wenn auch bereits ausreichend abgearbeitet, und ist somit mit dem Antrag auf Planfeststellung einzureichen.	Die erforderliche Befreiung wird in den Planfeststellungsbeschluss einkonzentriert, auch wenn die Befreiung nicht explizit beantragt wurde.
A.14.3 f		Die in Kap. 5.2.2.1 Ausgleichsmaßnahme 2.1A benannte Herstellung der Fläche für eine Bevorratung des Flächenüberschusses wird als sinnvoll erachtet. In den folgenden Verfahren sollte auf die Festlegung als Bevorratungsfläche in diesem Verfahren hingewiesen sowie die entsprechenden Unterlagen übernommen werden.	Die erforderlichen Unterlagen für die Bevorratung (Flächenüberschuss) sind zwischenzeitlich separat vorgelegt worden.

Lfd. Nr.	Kurzzusammenfassung	Wörtliche Wiedergabe der Stellungnahmen/Einwendungen	Erwiderung / weitere Planungsschritte
A.14.3g		Hinweis In Kap. 4.5.2 sowie 4.6.3 des Erläuterungsberichts zu Vorarbeiten, Aufschüttungen, Arbeitsebene wird beschrieben, dass die Flusssedimente im entsprechenden Löcknitzabschnitt herausgehoben, sowie der Mutterboden (nur Oberboden) am Ufer abgetragen wird. Diese Maßnahme ist im LBP und auch in der Maßnahmenkartei nicht weiter aufgegriffen worden. Es sollte entsprechend eine Beschreibung aufgenommen werden, wie der Verbleib der Flusssedimente und des Mutterbodens durchgeführt und geregelt werden wird und ob beides erneut eingebaut oder einer ordnungsgemäßen Verwertung zugeführt werden soll. Sollte es in einer der anderen Unterlagen hierzu eine Erläuterung geben, sollte ein Verweis eingefügt werden, um einen genaueren Überblick des Vorgehens zu vermitteln.	Die Schutzmaßnahmen zum Boden sind im LBP dargestellt, hier u. a. im Maßnahmenblatt 1.13 V Bodenschutzmaßnahmen nach DIN 19639. Die Flusssedimente und der Oberboden sollen zur Andeckung wiederverwendet werden, sofern die Schadstoffgehalte unter den entsprechenden Grenzwerten nach LAGA bzw. der zum Zeitpunkt der Bauausführung gültigen gesetzlichen Bestimmungen liegen. Kann eine Wiederverwertung aufgrund von Überschreitungen nicht erfolgen, wird der Boden und das Sediment fachgerecht entsorgt.
A.14.3h		Zu Unterlage 3.2. – Maßnahmenkartei In der Maßnahmenbeschreibung Nr. 1.10 sollte eine genauere Erläuterung des Vorgangs des Abpumpens und der Kontrolle des pH-Wertes ergänzt werden. Auch sollte erläutert werden inwieweit die Vorbehandlung in einem Auffangbecken (vor Ort) installiert werden muss, um den pH-Wert kontrollieren zu können, bevor das Wasser in die Löcknitz eingetragen wird bzw. wie der Vorgang ansonsten umgesetzt wird. Zudem sollte ein Verweis eingefügt werden, der auf den Erläuterungsbericht (Kap. 4.5.3 sowie 4.6.4 Baugrube) hinweist und umgekehrt. So ist es einfacher einen kompletten Überblick des Vorgangs zu vermitteln.	Die genaue technische Ausführung des Abpumpens des Wassers und der Einleitung unter Einhaltung eines unschädlichen pH-Wertes in die Löcknitz ist Bestandteil der technischen Ausführungsplanung. Während der gesamten Bauzeit wird lediglich 5-malig (jeweils nach Herstellung der Unterwasser-Betonsohle) Wasser mit erhöhtem pH-Wert eingeleitet. Dieses wird kontrolliert abgegeben, sodass in der Löcknitz ein unschädlicher pH-Wert eingehalten werden kann (weitergehende Erläuterungen s. Anlage).
A.14.3i		Zu Unterlage 4.1 – Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag Artenschutzrechtliche Maßnahmen dienen der Vermeidung des Eintritts von Verbotstatbeständen im Sinne des § 44 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 BNatSchG und sind daher zwingend umzusetzen. Die CEF Maßnahmen für die Vermeidung des Eintritts von Verbotstatbeständen sind ausführlich beschrieben (siehe Kap. 5.5 Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag sowie Unterlage 3.2. Anhang I) und entsprechend in der Bauzeit zu beachten. Die Umsetzung der Maßnahmen ist durch eine ökologische Baubegleitung / Umweltbaubegleitung vorgesehen.	Die Einsetzung einer ökologische Baubegleitung / Umweltbaubegleitung ist verbindlich seitens der Vorhabenträgerin vorgesehen.

Lfd. Nr.	Kurzzusammenfassung	Wörtliche Wiedergabe der Stellungnahmen/Einwendungen	Erwiderung / weitere Planungsschritte
		Sofern die benannten Vermeidungs- und vorgezogenen Artenschutzmaßnahmen vollumfänglich beachtet werden, bedarf es keiner weiteren artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 BNatSchG.	
A.14.4		<u>Wald</u> Wald ist unmittelbar an das Vorhabengebiet für die Wiederherstellung der Hochwasserschutzfunktion des Wehres Wehningen und Ersatzneubau der Straßenbrücke B 195 angrenzend, jedoch durch die Arbeiten und den Neubau nicht direkt betroffen (Waldumwandlung). In den Unterlagen wird auf die möglichen bau-, anlage- und betriebsbedingten Auswirkungen auf den Wald eingegangen. Die Einträge führen nach den Beschreibungen jedoch nicht zu erheblichen Beeinträchtigung.	Keine Handlung erforderlich
A.14.5		<u>Immissionsschutz</u> Laut UVP Bericht (Punkt 8.4.1.1.1) werden die Vorgaben der AVV Baulärm beachtet. Dies betrifft auch die Arbeiten zum Bau der Spundwände. Aus immissionsschutzrechtlicher Sicht bestehen keine Bedenken.	Keine Handlung erforderlich
A.14.6		<u>Bodenschutz</u> Schädliche Bodenveränderungen sind nicht bekannt. Aus bodenschutzrechtlicher Sicht bestehen keine Bedenken.	Keine Handlung erforderlich
A.14.7 a		<u>Deichrecht</u> Grundsätzlich bestehen keine Bedenken gegen diese Maßnahme. Es sind jedoch folgende Situationen zu berücksichtigen und einzuhalten: 1. Im Zuge der Baumaßnahmen, die sich voraussichtlich über mehrere Jahre erstrecken, sind insbesondere die ungehinderten Zufahrten zum Altdeich (FS17), die Zufahrt zum Deichverteidigungsweg (FS16) sowie zum Unterhaltungsweg (FS22 Aussendeichs) jederzeit sicherzustellen, d.h. diese Flächen dürfen nicht eingezäunt oder verstellt werden!	Die Zufahrten werden grundsätzlich freigehalten. Sollte es widererwartend erforderlich werden, diese Fläche so zu beanspruchen, dass keine Zufahrt möglich ist, wird eine Deichrechtliche Ausnahmegenehmigung eingeholt.
A.14.7 b		2. Weiterhin ist sicherzustellen, dass im Hochwasserfall (im Zusammenhang mit den Ausbaustufen) eine entsprechende Verteidigung der Wehranlage sowie des in Richtung Landesgrenze anschließenden „Kolonnenweges“ möglich ist.	Der Hochwasserschutz wird baulich sichergestellt. Die Zufahrten werden grundsätzlich freigehalten. Sollte es widererwartend erforderlich werden, diese Fläche so zu beanspruchen, dass keine Zufahrt möglich ist, wird eine

Lfd. Nr.	Kurzzusammenfassung	Wörtliche Wiedergabe der Stellungnahmen/Einwendungen	Erwiderung / weitere Planungsschritte
			Deichrechtliche Ausnahmegenehmigung eingeholt.
A.14.7 c		3. Des Weiteren ist zu bedenken, dass dieser Abschnitt in einem weiteren Planfeststellungsverfahren „Hochwasserschutz im Bereich Wehningen bis zur Landesgrenze Mecklenburg-Vorpommern in der Gemeinde Amt Neuhaus“, voraussichtlich parallel zum o.g. Vorhaben zunächst ab Herbst 2024 mit vorbereitenden Arbeiten im Zuge der Baufeldfreiräumung anläuft.	Ist sicherstellt, da NLWKN GB 2 in Vorhaben in unmittelbarer Nähe die entsprechenden Leitungsfunktion übernimmt.
A.14.8		<u>Betrieb Straßenbau und -unterhaltung</u> Gegen die Planfeststellungsverfahren für die Wiederherstellung der Hochwasserschutzfunktion des Wehres bei Wehningen - Ersatzneubau der Hochwasserschutz- und Wehranlage mit Herstellung der ökologischen Durchgängigkeit und Ersatzneubau der Straßenbrücke im Zuge der B 195 der Gemeinde Amt Neuhaus bestehen aus Sicht des Trägers der Straßenbaulast und der Verkehrssicherungspflicht, keine Bedenken.	Keine Handlung erforderlich
A.14.9 a		<u>Mobilität</u> Mit dem Blick auf die Bedeutung der Querung für den Elberadweg bzw. die D-Route 10 werden Anpassung bei der Fuß- und Radverkehrsführung dringend empfohlen. Der Elberadweg ist überwiegend zum Elberad- und Wanderweg ausgebaut. Er wird sowohl von Radfahrern als auch von Fußgängern genutzt. Er zählt zu den beliebtesten Radfernwegen Deutschlands. In weiten Abschnitten stehen Breiten von über 3 Metern zu Verfügung um in den Hochzeiten Begegnungsverkehre bei sehr hohem Aufkommen von Fuß- und Radverkehr abwickeln zu können. Die Bundesregierung ist über das Verkehrsministerium bestrebt eine hohe Qualität auf den Deutschlandrouten zu erreichen und unterstützt die Straßenbaulastträger umfangreich mit Fördermitteln. Brücken und Engstellen im Verlauf der Route stellen Engstellen für den Begegnungsverkehr dar, da keine Ausweichflächen im Seitenraum des Fuß- und Radweges bestehen. Mit den momentan geplanten Breiten im Zulauf auf die Brücke von 2,50 Meter und dem Brückenkörper wird der deutschlandweiten Bedeutung der D-Route 10 und dem hohen Verkehrsaufkommen beim Fuß- und Radverkehr nicht Rechnung getragen. Es werden lediglich die Mindestmaße eingehalten. Vorgaben und Empfehlungen der RAST 06 und der ERA 2010 werden im östlichen Bereich nicht eingehalten.	Auf dem Bauwerk ist bereits eine Breite von 3,00 m geplant. Lediglich in den Anschlussbereichen wird die Breite von 2,50 m als Regelbreite der ERA für Außerortsradwege umgesetzt. Hierbei wird wie bereits bei der Stellungnahme zum Einwand der Abteilung Regionalplanung auf den Charakter der Brückenersatzneubauplanung und auf die haushaltsrechtlichen Vorgaben hingewiesen. An der B 195 gibt es zwischen der Ortslage von Tripkau und der Einmündung nach Rüterberg keinen fahrbahnbegleitenden Radweg. Der Radverkehr wird daher überwiegend auf dem Elberadweg abgewickelt, der nicht zur D-Route 10 gehört. Es handelt sich darüber hinaus nicht um einen Radschnellweg. Piktogramme und Richtungspfeile im Bauwerksbereich sind nicht vorgesehen und aus hiesiger, verkehrlicher Sicht auch

Lfd. Nr.	Kurzzusammenfassung	Wörtliche Wiedergabe der Stellungnahmen/Einwendungen	Erwiderung / weitere Planungsschritte
		Es wird aufgrund der verkehrlichen Bedeutung dringend der Standard nach HRSV 2021 von 3 Metern für die geplanten Breiten im Zulauf auf die Brücke von 2,50 Meter und dem Brückenkörper empfohlen. Ergänzend wird im Bereich des Brückenkörpers die Markierung von Fußgänger- und Fahrradpiktogrammen mit Richtungspfeilen empfohlen, um den Verkehrsteilnehmern eine Orientierung auf der Verkehrsfläche zu ermöglichen, insbesondere da aufgrund des Neubaus der Leitplanken kein Ausweichen auf die Fahrbahn möglich sein wird.	nicht erforderlich. Zu Ausgestaltung der Markierung wird auf die folgende Passage verwiesen.
A.14.9 b		In dem Zuwegungsbereich zur Brücke aus westlicher Richtung wird die farbliche Hervorhebung der Querung der Zufahrt zur Hochwasserschutzanlage mit Roteinfärbung und Aufbringung von Fußgänger- und Fahrradpiktogrammen mit Richtungspfeilen empfohlen. Dies gilt ebenso für den abknickenden Elberadweg auf den Deichkörper. Diese Maßnahmen sollen auch ein regelwidriges Beparken der Flächen verhindern.	Im Zuge der verkehrlichen Abstimmungen mit Polizei und Verkehrsbehörde für die verkehrsbehördliche Anordnung der Beschilderung und der Markierung wird über die Gestaltung der besagten Bereiche beraten. Dabei werden auch die genaue Führung, die Beschilderung und die Markierung abgestimmt, die einer gesonderten Anordnung bedürfen und nicht Gegenstand der Planfeststellung sind.
A.14.9 c		In dem Zuwegungsbereich zur Brücke aus östlicher Richtung ist der geplante Kurvenradius für den gemeinsamen Fuß- und Radweg erheblich zu klein ausgeführt. Die Planungen entsprechen nicht den Vorgaben und Empfehlungen der RAS 06 und der ERA 2010. Die Linienführung sollte aus Geraden- und Kreisbogenelementen bestehen, die eine Geschwindigkeit von bis zu 25 km/h zulassen. Der gewählte Mindestkurvenradius sollte 30 m, der Kuppenhalbmesser mindestens 150 m und der Wannenhalbmesser 100 m betragen. Damit wäre ein zügiges Befahren des Radweges möglich, was dem zunehmenden Verkehr mit Pedelecs Rechnung trägt. Der Bereich ist dringend zu überplanen. Der gemeinsame Fuß- und Radweg ist bevorrechtigt zu führen gegenüber der Zufahrt zur Hochwasserschutzanlage, durch Belagswahl, Einfärbung, Piktogramme im Furtbereich hervorzuheben. Die Breite der Zufahrt vom östlichen Ende der Baustrecke, die als gemeinsamer Fuß und Radweg den Elberadweg aufnimmt ist mit 2,30 Meter zu gering und die Querung der Zufahrt zur Hochwasserschutzanlage ist gradliniger und mit geringeren Kurvenradien auszuführen.	In diesem Zusammenhang wird auf das Planfeststellungsverfahren zum „Hochwasserschutz im Bereich Wehningen bis zur Landesgrenze Mecklenburg-Vorpommern in der Gemeinde Am Neuhaus, Landkreis Lüneburg“ hingewiesen. In dieser Planung wird bereits der Verlauf des Elberadweges verändert und der bestehende, nahezu gradlinige Verlauf im Zulauf zum Bauwerk deutlich verschwenkt. Dadurch erfolgt bereits eine Reduzierung der Geschwindigkeit im Radverkehr. Die gegenständliche Planung des Radweges musste zum einen an die planfestgestellten Gegebenheiten angepasst werden und zum anderen eine sichere Führung des Radverkehrs gewährleisten. Eine gradlinige Führung wurde im Zuge der aktuellen Planung jedoch untersucht. Demnach ergeben sich bei einer gradlinigen

Lfd. Nr.	Kurzzusammenfassung	Wörtliche Wiedergabe der Stellungnahmen/Einwendungen	Erwiderung / weitere Planungsschritte
			<p>Führung, aufgrund der Dammlage des Hochwasserschutzes, sehr große Längs- und Querneigungen, die deutlich über den Vorgaben der ERA liegen und die Verkehrssicherheit gefährden würden. Daher wurde die dargestellte Führung, mit Unterschreitung der Parameter der ERA in Bezug auf die Radien und die Halbmesser gewählt.</p> <p>Bei den genannten 2,30 m ist zu beachten, dass es sich nicht um die Breite der Zufahrt handelt, sondern um die Länge des Radwegabschnittes zwischen zwei Tangentenschnittpunkten mit einer Längsneigung von 4,349 %. Die Zu- und Abfahrt hat über die grau dargestellte Asphaltfläche zu erfolgen.</p>
A.15		Landesamt für Umwelt, Land Brandenburg	
A.15.1		<p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>die zum o. g. Betreff übergebenen Unterlagen wurden von den Fachabteilungen Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserwirtschaft (Prüfung des Belangs Wasserwirtschaft hier bezogen auf die Zuständigkeiten des Wasserwirtschaftsamtes gemäß BbgWG § 126, Abs. 3, Satz 3, Punkte 1-5 u. 8) des Landesamtes für Umwelt (LfU) zur Kenntnis genommen und geprüft.</p> <p>Im Ergebnis dieser Prüfung werden für die weitere Bearbeitung der Planungsunterlagen sowie deren Umsetzung beiliegende Stellungnahmen der Fachabteilungen Naturschutz und Wasserwirtschaft übergeben. Die Fachabteilung Immissionsschutz zeigt keine Betroffenheit an.</p>	Keine Handlung erforderlich
A.15.2		<p>Natura 2000</p> <p>Projekte sind vor ihrer Zulassung oder Durchführung auf ihre Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen eines Natura 2000-Gebiets zu überprüfen, wenn sie einzeln oder im Zusammenwirken mit anderen Projekten oder Plänen geeignet sind, das Gebiet erheblich zu beeinträchtigen, und nicht unmittelbar der Verwaltung des Gebiets dienen.</p> <p>In ca. 13 km flussaufwärts vom Wehrstandort bei Wehningen befindet sich auf dem Territorium des Landes Brandenburg das Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung „Löcknitz“.</p>	<p>Für das Gebiet „Löcknitz“ wurde der zum Zeitpunkt der Bearbeitung vorliegende Standarddatenbogen, Stand 2006 verwendet. Dieser enthielt vier Arten des Anhangs II (Fischotter, Rotbauchunke, Flussneunauge, Steinbeißer). Eine Überprüfung der hier aufgeführten weiteren neun Arten aus dem in Überarbeitung befindlichen Standarddatenbogens in Bezug auf</p>

Lfd. Nr.	Kurzzusammenfassung	Wörtliche Wiedergabe der Stellungnahmen/Einwendungen	Erwiderung / weitere Planungsschritte
		<p>Vom Projektträger wurde zur Beurteilung der Verträglichkeit des Projektes mit den Erhaltungszielen des FFH-Gebietes „Löcknitz“ die Unterlage „FFH-Vorprüfung gemäß § 34 BNatSchG“ (Stand 1.8.2023) erarbeitet.</p> <p>Ich weise darauf hin, dass die überschlägige Prüfung unter Pkt. 3.2.2 nicht alle in der 17. Erhaltungszielverordnung benannten maßgeblichen Anhang II – Arten umfasst. Als Erhaltungsziele sind hier benannt:</p> <ul style="list-style-type: none"> + Großes Mausohr (<i>Myotis myotis</i>), + Mopsfledermaus (<i>Barbastella barbastellus</i>), + Biber (<i>Castor fiber</i>), + Fischotter (<i>Lutra lutra</i>), + Kammolch (<i>Triturus cristatus</i>), + Rotbauchunke (<i>Bombina bombina</i>), + Bachneunauge (<i>Lampetra planeri</i>), + Flussneunauge (<i>Lampetra fluviatilis</i>), + Rapfen (<i>Aspius aspius</i>), + Bitterling (<i>Rhodeus amarus</i>), + Schlammpeitzger (<i>Misgurnus fossilis</i>), + Steinbeißer (<i>Cobitis taenia</i>), + Kleine Flussmuschel (<i>Unio crassus</i>) <p>Als Anlage füge ich ergänzend den letzten Stand des in Überarbeitung befindlichen Standarddatenbogens bei. Die Informationen (Zwischenstand bis zur Meldung) beinhalten den fachlich geprüften und derzeit aktuell verfügbaren Stand der Erkenntnisse für das betreffende Gebiet.</p> <p>Es bedarf der Ergänzung der Unterlage zur Vorprüfung um die zzt. fehlenden Anhang II-Arten.</p>	<p>die möglichen Wirkpfade des Vorhabens lassen allein über die Löcknitz und damit verbunden die Fisch- und Neunaugenarten eine Verbindung zu dem rd. 13 km entfernt liegenden Gebiet erkennen. Somit kann ein Wirkpfad für die Fledermausarten Großes Mausohr und Mopsfledermaus sowie Biber, Kammolch und Kleine Flussmuschel ausgeschlossen werden. Für Bachneunauge, Rapfen, Bitterling und Schlammpeitzger liegen im Bereich oberhalb des Wehres keine Nachweise vor, insbesondere da das Bestandswehr ein Aufsteigen der Arten verhindert. Beeinträchtigungen der Arten können somit ausgeschlossen werden.</p> <p>Die Vorprüfung kommt zu der Aussage, dass aufgrund der räumlichen Entfernung und Wirkpfade keine erheblichen Auswirkungen auf die prüfrelevanten Fisch- und Neunaugenarten vorhanden ist, dies umfasst somit alle hier aufgeführten Arten. Die Aussagen der FFH-Vorprüfung haben somit auch unter Berücksichtigung der weiteren aufgeführten Arten des in Aktualisierung befindlichen Standarddatenbogens bestand.</p>
A.15.3 a		<p><u>Wasserwirtschaft</u></p> <p>Die wasserwirtschaftlichen Belange des LfU Brandenburg gemäß BbgWG § 126 Abs. 3, Satz 3 betreffend gibt es hinsichtlich länderüberschreitender Auswirkungen des Vorhabens folgende Hinweise bzw. Forderungen.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Anforderungen der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) / Vereinbarkeit mit dem Landeskonzzept Durchgängigkeit des Landes Brandenburg (Rechtsgrundlage: siehe insbesondere BbgWG § 126 (3), Satz 3, Punkte 1, 2, 4) 	Wird zur Kenntnis genommen

Lfd. Nr.	Kurzzusammenfassung	Wörtliche Wiedergabe der Stellungnahmen/Einwendungen	Erwiderung / weitere Planungsschritte
		<p>Das Wehr Wehningen liegt außerhalb von Brandenburg kurz vor der Mündung der Löcknitz in die Elbe. Seitens des LfU Brandenburg erfolgt hier eine fischökologische Stellungnahme, da das Wehr und die dort geplante Wiederherstellung der Durchgängigkeit auch Auswirkungen auf den von Brandenburg berichtspflichtigen Abschnitt der Löcknitz haben wird, der als Vorranggewässer für die fischökologische Durchgängigkeit eingestuft wurde. Die Angaben zu Ziel- und Dimensionierungsfischarten beziehen sich auf die Erfordernisse, die sich für die Löcknitz aus dem brandenburgischen Landeskonzept für die ökologische Durchgängigkeit ergeben. Die Löcknitz ist als regionales Vorranggewässer ausgewiesen, das in Bezug auf die Ökologie (Laichgebiet, Dauerlebensraum) für die auf lange Distanzen wandernden Fischarten sowie für andere Zielarten von Bedeutung ist. Für die Löcknitz wurden die folgenden Entwicklungsziele formuliert:</p> <ul style="list-style-type: none"> + Entwicklung des Gewässers als Rückzugs- und Laichhabitat für eine stabile und ausbreitungsfähige Population der typischen Flussfischarten, + Verbesserung der longitudinalen und lateralen Durchgängigkeit, + Verbesserung der Gewässerstrukturen, + ein Neubau von Querbauwerken ist grundsätzlich auszuschließen, + beim Umbau von Querbauwerken ist die Erreichung des guten ökologischen Zustandes bzw. Potentials sowie die Durchwanderbarkeit für die Referenz-Fischgemeinschaft sicherzustellen. <p>Die Errichtung einer Fischaufstiegsanlage (FAA) am Wehr Wehningen wird daher begrüßt. Die Wiederherstellung der Durchgängigkeit für Langdistanzwanderfischarten macht nur Sinn, wenn sie vom Unterlauf der Fließgewässer her erfolgt. Solange stromabwärts undurchgängige Bauwerke die Fischwanderung behindern, sind jegliche Maßnahmen zur Wiederherstellung der Durchgängigkeit an Querbauwerken im Mittellauf nicht erfolgversprechend. Insofern ist die Ertüchtigung des Wehres Wehningen und die damit zusammenhängende Planung einer Fischaufstiegsanlage an diesem Standort essentiell für die Wiederansiedlung referenztypischer Fischgemeinschaften in der Löcknitz in Brandenburg.</p> <p>Die Löcknitz ist als Vorranggewässer der Priorität 2 (d. h. die Herstellung der Durchgängigkeit ist von hoher fischökologischer Bedeutung) einge-</p>	

Lfd. Nr.	Kurzzusammenfassung	Wörtliche Wiedergabe der Stellungnahmen/Einwendungen	Erwiderung / weitere Planungsschritte
		<p>stuft. Als Fischregion wird „Tiefland - Forellenregion i. Ü. Tiefland - Barbenregion / Tiefland - Barbenregion i. Ü. Bleiregion“ und als Gewässerregion Epipotamal angegeben. Als überregionale Zielarten (Langdistanzwanderer) sind Aal, Flussneunauge, Meerneunauge (UL), Meerforelle, Lachs, Stör (UL), Schnäpel (UL), Stint (UL) ausgewiesen. Als Dimensionierungszielarten sind für den Unterlauf Stör, Wels, Barbe, Blei, Hecht, Rapfen und für den Mittellauf Lachs, Meerforelle / Blei, Döbel, Hecht, Bachneunauge, Groppe, Schmerle, Steinbeißer, Schlammpeitzger genannt. Das Vorkommen des Störes in der Löcknitz ist zwar historisch belegt, jedoch ist hier der Versuch einer Wiederansiedlung nicht zielführend, so dass er für das Vorhaben am Wehr Wehningen als Zielart nicht realistisch ist.</p> <p>Alle anderen genannten Arten sind aus Landessicht für den gesamten Unterlauf der Löcknitz als Zielarten anzusetzen. Es wird hervorgehoben, dass die Durchgängigkeit am Standort nicht nur für die großen genannten Arten (ausreichende Dimensionierung), sondern ebenso für die kleinen, schwimmschwachen und bodenorientiert wandernden Arten eingerichtet werden soll (insbesondere durch Einhaltung begrenzter Fließgeschwindigkeiten und einen angemessenen Sohlaufbau). Dies scheint insbesondere im Hinblick auf die Bemessungswerte der Fließgeschwindigkeiten laut Erläuterungsbericht in den Planungen in Abstimmung mit dem Niedersächsischen Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (LAVES) berücksichtigt worden zu sein.</p>	
A.15.3 b		<p>Im Erläuterungsbericht zum Planfeststellungsverfahren wird der Standort Wehningen der Brachsenregion (Metapotamal) zugeordnet, als Fischarten für die Bemessung werden Hecht und Zander genannt. Damit werden insbesondere die laut Landeskonzzept geforderten Abmessungen der FAA für den Wels nicht erreicht.</p>	<p>Die Referenzfischfauna und Grenz-/Bemessungswerte der FAA sind mit der Fachbehörde (LAVES, Niedersachsen) abgestimmt worden. Als maßgebende Bemessungsfische wurden definiert: Rotauge, Barsch, Steinbeißer und Brachse. Die Fließgewässerregion im Bereich der Maßnahme wurde der „Brachsenregion“ bzw. dem Meta-Potamal zugeordnet. Die FAA wurde gemäß Merkblatt DWA M 509 auf diese Arten bzw. Angaben bemessen.</p>

Lfd. Nr.	Kurzzusammenfassung	Wörtliche Wiedergabe der Stellungnahmen/Einwendungen	Erwiderung / weitere Planungsschritte
			<p>DWA-M509 empfiehlt für den Wels folgende relevante Fischproportionen sofern keine standortspezifischen Werte bekannt sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Körperlänge = 1,6 m - Körperbreite = 0,24 m - Körperhöhe = 0,26 m <p>FAA hat folgende Dimensionen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Lichte Beckenlänge L = 3,0 m - Lichte Beckenbreite b = 2,7 m - Schlitzweite s = 0,4 m - Minimale Fließtiefe h = 1,0 m <p>Die Beckendimensionen überschreiten die vorgenannten Fischmaße. Der Bemessungswels nach DWA-M 509 kann die FAA also passieren. Die Proportionsfaktoren, z. B. s= 3x Körperbreite, sind jedoch geringer als in DWA-M 509 empfohlen.</p> <p>Eine Bemessung der FAA auf den Wels nach Tabelle 16 DWA-M 509 hätte folgende Auswirkungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Längeres Bauwerk: Reduzierung der Passierbarkeit für alle Arten bei hohen Unterwasserständen (vgl. Kapitel 4.6.2). Infolge breiterer Schlitze, höherer Wassertiefe und längerer Becken würde die rheoaktive Fließgeschwindigkeit bei hohen Unterwasserständen in den Schlitzen und in den Becken signifikant unterschritten.
A.15.3 c		Eine Reduzierung der Bemessung von FAA in Vorranggewässern abweichend vom Landeskonzzept ist fachlich nur dann vertretbar, wenn die Abflüsse nicht ausreichen, d. h. im Fall der Unteren Löcknitz häufig bei deutlich unter 1 m³/s liegen. Im Erläuterungsbericht finden sich jedoch keinerlei Angaben zum Niedrigwasserabfluss am Wehr Wehningen.	Der Q ₃₀ -Durchfluss der Löcknitz am Standort Wehningen beträgt 1,17 m³/s. Eine Vergrößerung der Schlitze zur Erhöhung des Basisdurchflusses der FAA auf 1 m³/s wirkt sich wie folgt beschrieben negativ auf den Betrieb bei

Lfd. Nr.	Kurzzusammenfassung	Wörtliche Wiedergabe der Stellungnahmen/Einwendungen	Erwiderung / weitere Planungsschritte
			<p>höheren Unterwasserständen aus und reduziert deren Funktionsdauer maßgeblich:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Längeres Bauwerk: Reduzierung der Passierbarkeit für alle Arten bei hohen Unterwasserständen (vgl. Kapitel 4.6.2) infolge breiterer Schlitze, höherer Wassertiefe und längerer Becken würde die rheoaktive Fließgeschwindigkeit bei hohen Unterwasserständen in den Schlitzen und in den Becken signifikant unterschritten.
A.15.3 d		<p>Im Zuge der Erarbeitung der Machbarkeitsstudie im Vorfeld der Planungen zur Wehranlage Wehningen wurde die Dimensionierung der geplanten Fischaufstiegsanlage bereits im Jahr 2015/2016 unter Beteiligung der betroffenen Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg diskutiert. Im Ergebnis eines länderübergreifenden Abstimmungstermins am 05.11.2015 wurde festgehalten, dass die Bemessung der Fischaufstiegsanlage für den adulten Wels nicht möglich wäre, aber eine Ermöglichung der Durchgängigkeit für juvenile Welse das Ziel sei. Die Durchgängigkeit für adulte Welse sollte durch die Wahl eines geeigneten Wehrverschlusses und eine entsprechende Steuerung der Wehranlage, die ein möglichst frühzeitiges und vollständiges Öffnen eines Wehrfeldes vorsieht, ermöglicht werden.</p> <p>Die Abweichung von dem in Brandenburg favorisierten Bemessungsfisch Wels wird mit dem fehlenden Wasserdargebot in Niedrigwasserzeiten begründet. Es ist aus dem Erläuterungsbericht nicht klar ersichtlich, ob die Bedingung einer überwiegenden Durchwanderbarkeit für juvenile Welse und einer temporären Durchwanderbarkeit für adulte Welse berücksichtigt wurde. Es wird an keiner Stelle auf die Möglichkeit einer Passage durch juvenile oder adulte Welse eingegangen.</p> <p>Die Berücksichtigung dieser Bedingung bei der Planung sollte in den Planunterlagen nochmals kritisch geprüft werden (siehe auch Hinweis unter 5., letzter Absatz).</p>	<p>DWA-M509 empfiehlt für den Wels folgende relevante Fischproportionen sofern keine standortspezifischen Werte bekannt sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Körperlänge = 1,6 m - Körperbreite = 0,24 m - Körperhöhe = 0,26 m <p>FAA hat folgende Dimensionen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Lichte Beckenlänge L = 3,0 m - Lichte Beckenbreite b = 2,7 m - Schlitzweite s = 0,4 m - Minimale Fließtiefe h = 1,0 m <p>Die Beckendimensionen überschreiten die vorgenannten Fischmaße. Der Bemessungswels nach DWA-M 509 kann die FAA also passieren. Die Proportionsfaktoren, z. B. s= 3x Körperbreite, sind jedoch geringer als in DWA-M 509 empfohlen.</p> <p>Im Zuge der Ausführungsplanung wird eine Optimierung des Wehrbetriebs hinsichtlich der Durchgängigkeit für adulte Welse geprüft.</p>
A.15.3 e		Zusätzlich wurde im Protokoll der länderübergreifenden Informationsveranstaltung am 05.11.2015 festgehalten, dass die Wasserspiegeldifferenz	Die maximale Bemessungsfließgeschwindigkeit im Schlitz beträgt ca. 1,4 m/s. So wird die

Lfd. Nr.	Kurzzusammenfassung	Wörtliche Wiedergabe der Stellungnahmen/Einwendungen	Erwiderung / weitere Planungsschritte
		<p>an den Trennwänden im Schlitzpass 10 cm nicht überschreiten soll. Dieser Wert wird in den Planungsunterlagen genannt und eingeplant. Ergebnis der Abstimmungen war ebenfalls eine Anpassung der maximal zulässigen Fließgeschwindigkeiten an der FAA von eigentlich 1,6 m/s laut DWA-Merkblatt auf 1,2 m/s, um bessere Wanderbedingungen für kleinere oder schwimmschwache Arten zu schaffen. Davon abweichend wird laut Erläuterungsbericht auf eine maximale Fließgeschwindigkeit im Schlitz von ca. 1,4 m/s geplant. Hier wird mit der Notwendigkeit einer optimierten Trennwandanzahl argumentiert. Dies wird als akzeptabel bewertet, solange Perioden mit geringeren Fließgeschwindigkeiten überwiegen. Die Planung einer Mindestwassertiefe für den Schlitzpass von 1,00 m wird begrüßt.</p>	<p>oben beschriebene Reduzierung der rheoaktiven Fließgeschwindigkeit in der FAA bei hohen Unterwasserständen abgemildert. Ab MQ_{Elbe} beträgt die Bemessungsfließgeschwindigkeit in allen Schlitzten weniger als 1,2 m/s.</p>
A.15.3 f		<p>Die der Bemessung der FAA zugrundeliegenden Abflusswerte sollten grundsätzlich noch einmal begründet und überprüft werden. Es ist u.E. nicht nachvollziehbar, warum bei der Planung der FAA von einem Maximalabfluss von 0,5 m³/s ausgegangen wird. Im Erläuterungsbericht werden keine MNQ-Angaben zum Wehr Wehningen gemacht, in Vorplanungs-Unterlagen aus dem Jahr 2015 werden hier jedoch ein MNQ von 0,81 m³/s und ein Q30 von 1,17 m³/s angenommen. In der Planung könnte man bei Niedrigwasser den gesamten Abfluss über die FAA steuern, dann wäre auch eine größere Dimensionierung in der Breite denkbar. In Brandenburg werden seit Beginn des 3. Bewirtschaftungszeitraumes der WRRL behörden-verbindliche ökologisch begründete Mindestwasserwerte für natürliche und erheblich veränderte Fließ-OWK hergeleitet. Für den unteren Abschnitt der Löcknitz in Brandenburg werden hier rund 0,9 m³/s als Mindestabfluss berechnet, der notwendig ist, um ein gutes ökologisches Potential erreichen zu können. Bei einer Abflussführung in Niedrigwasserzeiten allein über die FAA Wehningen mit der geplanten Dimensionierung von maximal 0,5 m³/s könnte dieser Wert nicht erreicht werden. Es wird daher darauf hingewiesen, dass bei der Steuerung der Wehranlage auf eine ausreichende Wasserbewegung geachtet werden sollte. Eine Stauhaltung von Fließgewässern ist aus ökologischer Sicht weitestgehend zu vermeiden. Sollte im Niedrigwasserfall der Abfluss allein über die FAA geplant sein, wäre eine Dimensionierung der FAA auf höhere Abflusswerte auch aus ökohydrologischer Sicht sinnvoll.</p>	<p>Der Q₃₀-Durchfluss der Löcknitz am Standort Wehningen beträgt 1,17 m³/s. Eine Vergrößerung der Schlitzte zur Erhöhung des Basisdurchflusses der FAA wirkt sich wie folgt beschrieben negativ auf den Betrieb bei höheren Unterwasserständen aus und reduziert deren Funktionsdauer maßgeblich:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Längeres Bauwerk: Reduzierung der Passierbarkeit für alle Arten bei hohen Unterwasserständen (vgl. Kapitel 4.6.2) infolge breiterer Schlitzte, höherer Wassertiefe und längerer Becken würde die rheoaktive Fließgeschwindigkeit bei hohen Unterwasserständen in den Schlitzten und in den Becken signifikant unterschritten.

Lfd. Nr.	Kurzzusammenfassung	Wörtliche Wiedergabe der Stellungnahmen/Einwendungen	Erwiderung / weitere Planungsschritte
A.15.4		<p>2. Hinweise / Forderungen zum Hochwasserschutz – Hochwasserrisikomanagement <i>Rechtsgrundlage: siehe insbes. BbgWG §126 (3), Satz 3, Punkt 8)</i></p> <p>Hochwasserrisikogebiete gemäß §73 Abs. 1 Satz 1 WHG Aus Sicht des Hochwasserrisikomanagements ist bei einer Erhöhung des Einstaus der Löcknitz von 15,60 m NHN auf 15,981 m NHN zu berücksichtigen, dass es zu einer Vergrößerung der Überflutungen über die derzeitigen Flächenkulissen der Hochwasserrisikogebiete gemäß §73 Abs. 1 Satz 1 WHG im Bereich Lenzen kommen würde.</p> <p>Karten/ Geodaten Die konkrete Gefährdung kann mithilfe der Auskunftsplattform Wasser (https://apw.brandenburg.de/), die durch das LfU Brandenburg zur Verfügung gestellt wird, überprüft werden. Geodaten zu den Hochwasserrisikogebieten finden Sie im Internet-Angebot des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK) unter folgendem Link: (https://metaver.de/search/dls/#?serviceld=05EC61E6-C81E-4616-ACE6-2DC3D5E67E24)</p>	<p>Wasserstände sind auf Grundlage der geltenden Vereinbarungen mit DE-NI und DE-MV basierend auf der wasserrechtlichen Genehmigung bei der Errichtung der Wehranlage festgelegt. Eine ist keine Änderung der Stauwasserstände vorgesehen. In Ausnahmefällen kann die Löcknitz im Oberwasser bis maximal BWW gestaut werden (bspw. zur Dükersicherung). BBW = +15,981 mNHN</p>
A.15.5		<p>3. Hinweise / Forderungen zum Hochwasserschutz - Baumaßnahmen des LfU Brandenburg <i>(Rechtsgrundlage: siehe insbesondere BbgWG § 126 (3), Satz 3, Punkt 3)</i></p> <p>Geplante zukünftige Baumaßnahmen des LfU Brandenburg Durch das geplante Vorhaben sind ggf. zukünftige Baumaßnahmen des LfU Brandenburg mittelbar tangiert. Die Erhöhung des Wehres Wehningen kann insbesondere die Planungen für das länderübergreifende Projekt „Flutungspolder Lenzer Wische“ beeinflussen. Wenn durch die vorliegende Planung die Zielwasserstände geändert werden, sind die Auswirkungen auf dieses Vorhaben darzustellen, um diese als künftige Planungsrandbedingungen berücksichtigen zu können (siehe auch Hinweise unter 4. und 5.).</p>	<p>Die Planungen zum Flutungspolder Lenzer Wische sind bekannt. Limitierendes Element ist hierbei aber das Abschlussbauwerk in der Kaskade „Wehr Wehningen“. Es erfolgt keine Veränderung der bereits wasserrechtlich genehmigten maximalen/minimalen Wasserstände. Es erfolgt keine Veränderung der Zielwasserstände.</p>

Lfd. Nr.	Kurzzusammenfassung	Wörtliche Wiedergabe der Stellungnahmen/Einwendungen	Erwiderung / weitere Planungsschritte
A.15.6		<p>4. Hinweise / Forderungen zur Gewässer- und Anlagenunterhaltung / zum Hochwasserschutz (Rechtsgrundlage: siehe insbesondere BbgWG § 126 (3), Satz 3, Punkte 3, 5)</p> <p>Das LfU Brandenburg ist zuständig für den Betrieb von wasserwirtschaftlichen Anlagen und die Unterhaltung des Fließgewässers Löcknitz sowie der Hochwasserschutzanlagen in Brandenburg.</p> <p>Entsprechend der Abstimmung im Jahre 2015 wurde die Konstruktion der Wehranlage so ausgelegt, dass ein Oberwasserstand von etwa 16,00 mNHN (lt. vorliegendem Genehmigungsantrag 15,98 mNHN) im Hochwasserfall künftig eingehalten werden kann. Dieser Wasserstand wird nach dem Verständnis des LfU Brandenburg nur bei seltenen Hochwasserereignissen überhaupt erreicht werden und stellt damit auch eine Anpassung an die höheren Wahrscheinlichkeiten des Eintretens hydrologischer Extremereignisse aufgrund Klimaänderung dar.</p> <p>Dieser Wasserstand kann jedoch erst nach Umsetzung der geplanten Anpassungen der Deiche in Zusammenhang mit dem Flutungspolder Lenzer Wische planvoll umgesetzt werden. Bis dahin dürfen die Oberwasserstände am Wehr Wehningen nicht höher als der aktuell maximal zulässige Wasserstand von 15,60 mNHN für die Löcknitzdeiche eingestellt werden (siehe auch unter 3. und 5.).</p> <p>Das LfU geht davon aus, dass der gemäß der Abstimmung aus dem Jahr 2015 zulässige Wasserstand im regelmäßigen Staubetrieb des Wehres von 12,75 mNHN nicht überschritten werden soll.</p> <p>Das LfU regt an, die wasserwirtschaftlich relevanten Betriebszustände in der Genehmigungsunterlage explizit zu beschreiben, um Missverständnisse zwischen Betriebs- und Bemessungswasserständen oder wasserrechtlichen Benutzungstatbeständen (Stauziele) zu vermeiden (siehe auch unter 5.).</p>	Keine Änderung der Stauregulierung vorgesehen, daher keine erneute Festlegung im Rahmen der Planfeststellung. Die bestehende wasserrechtliche Genehmigung, inklusive der Anpassung/Umrechnung auf die aktuellen NHN-Höhen ist nachrichtlich als Anlage beigelegt.
A.15.7 a		<p>5. Hinweise der Bauprüfstelle des Wasserwirtschaftsamtes des Landes Brandenburg</p> <p>Für eine eingehendere fachtechnische Prüfung wären in den Unterlagen weitere Angaben bzw. Nachweise erforderlich.</p>	Unterlagen zur bestehenden Anlage werden nachrichtlich als Anlage beigelegt.

Lfd. Nr.	Kurzzusammenfassung	Wörtliche Wiedergabe der Stellungnahmen/Einwendungen	Erwiderung / weitere Planungsschritte
		In der Unterlage fehlen hinsichtlich der bestehenden Verhältnisse Angaben zur vorhandenen Stauanlage (Fachbaumhöhe, lichte Weite) und den wasserwirtschaftlichen Verhältnissen (hydrologische Hauptzahlen, Stauziele, Leistungsfähigkeit). Folglich ist auch nicht dargelegt und auch nicht zweifelsfrei nachvollziehbar, inwieweit hier mit der Planung Veränderungen einhergehen.	
A.15.7 b		Hydraulische Berechnungen für die geplanten Anlagen liegen ebenfalls nicht vor. Hierbei sind im Besonderen die Bemessungshochwasserabflüsse (BHQ) nach DIN 19700-13, das Auslassen an der Stauanlage nach (Wieder-) Öffnung der HWSA und der proklamierte (n-a)-Fall von Interesse. In diesem Kontext ist darauf hinzuweisen, dass die Verschlusskonstruktion technisch und betrieblich anspruchsvoll ist (Zugsegmenttor für oberflächigen Betrieb mit vierseitiger Dichtebene bei einseitigem Antrieb).	Hydraulische Berechnungen wurden durchgeführt, wobei insbesondere auch der n-1-Fall berücksichtigt wurde. Die hydraulische Berechnung wird nachrichtlich als Anlage beigelegt.
A.15.7 c		Die Angaben unter Punkt 4.3.1 des Erläuterungsberichtes wie „bei höheren Unterwasserständen werden die Tore der HWSA geschlossen“ und „bei höheren Löcknitz-Durchflüssen kann der Stau nicht mehr gehalten werden“ sind unpräzise.	Wasserstände im Blaudruck ergänzt. Siehe Erläuterungsbericht Blaudruck Abs. 4.3.1
A.15.7 d		Die Funktion des unter Punkt 4.6.6 beschriebenen Regelungsorgans zum Absperren der FAA ist in diesem Kontext u.E. unklar.	Der Schieber am Einstieg der FAA wird im Betriebsfall VI geschlossen. Dieser Betriebsfall stellt einen Havariefall des Dükers unter der Elde-Müritz-Wasserstraße dar. Hierfür ist ein Gegendruck zu gewährleisten. Siehe Anpassung im Erläuterungsbericht Blaudruck Abs. 4.3.1
A.15.7 e		Aus Sicht des LfU Brandenburg sollte es bei Veränderungen des Betriebs der wasserwirtschaftlichen Anlagen eine abgestimmte überarbeitete Betriebsvorschrift geben (siehe auch Hinweise unter 4.). Mit dem als Ausnahmefall titulierten Wasserstand „BWw“ von 15,981 mNHN ginge derzeit eine nicht akzeptable Beeinträchtigung der Hochwassersicherheit in Brandenburg einher (siehe auch Hinweis unter 4). Hier ist klarzustellen, dass es sich um ein Bemessungsszenario (siehe Abkürzungsverzeichnis) für z.B. den Wehrverschluss handelt, dieser Wasserstand jedoch auf nicht	Eine ist keine Änderung der Stauwasserstände vorgesehen. Die Wasserstände sind auf Grundlage der geltenden Vereinbarungen mit DE-NI und DE-MV basierend auf der wasserrechtlichen Genehmigung bei der Errichtung der Wehranlage festgelegt.

Lfd. Nr.	Kurzzusammenfassung	Wörtliche Wiedergabe der Stellungnahmen/Einwendungen	Erwiderung / weitere Planungsschritte
		absehbare Zeit kein planfestzustellender BETRIEBS-/Zielwasserstand ist. Letztlich ist der Wasserstand derzeit aufgrund limitierender Höhen in der Hochwasserverteidigungslinie (mit Überströmungs- und Bruchgefahr) auch nicht realisierbar.	In Ausnahmefällen kann die Löcknitz im Oberwasser bis maximal BWW gestaut werden (bspw. zur Dükersicherung). BBW = +15,981 mNHN
A.15.7 f		Auf die Forderungen des LfU Brandenburg im Zuge des Scopingverfahrens zum maximal tolerierbaren Löcknitzwasserstand von 15,60 mNHN wird hingewiesen. Das „Handlungskonzept für die länderübergreifende Zusammenarbeit zum Schutz der Löcknitzniederung und der angrenzenden Poldergebieten“ von Mecklenburg-Vorpommern und dem Land Brandenburg vom 05.August 2015 ist zu beachten (siehe auch unter 4.).	Keine Änderung der Stauregulierung vorgesehen, daher keine erneute Festlegung im Rahmen der Planfeststellung. Die bestehende wasserrechtliche Genehmigung, inklusive der Anpassung/Umrrechnung auf die aktuellen NHN-Höhen ist nachrichtlich als Anlage beigelegt
A.15.7 g		Gemäß der Unterlage ist die FAA nicht für den Wels bemessen (siehe auch unter 1.). Der Wels ist Dimensionierungsfischart für den brandenburgischen Teil der Löcknitz. Entsprechende Hinweise wurden vom LfU Brandenburg bereits frühzeitig im Rahmen einer Beratung am 05.11.2015 in Lüneburg gegeben (siehe Ergebnisprotokoll der Beratung). Inwieweit das Ergebnis der damaligen Abstimmung (siehe Protokoll, S.3 unten) durch die vorliegende Planung erfolgreich umgesetzt wird, ist den Unterlagen nicht zu entnehmen und sollte geprüft werden. Es ist u.E. sehr fraglich, ob die zumindest zeitweise „geeigneten Bedingungen“ für den Fischaufstieg (Wehrklappe offen), von denen bei dem Abstimmungsergebnis ausgegangen wird, bei der nunmehr geplanten Verschlusskonstruktion mit überschlächtigem Betrieb hinreichend gegeben sind. Dies gilt grundsätzlich auch für den Fischabstieg.	DWA-M509 empfiehlt für den Wels folgende relevante Fischproportionen sofern keine standortspezifischen Werte bekannt sind: <ul style="list-style-type: none"> - Körperlänge = 1,6 m - Körperbreite = 0,24 m - Körperhöhe = 0,26 m FAA hat folgende Dimensionen: <ul style="list-style-type: none"> - Lichte Beckenlänge L = 3,0 m - Lichte Beckenbreite b = 2,7 m - Schlitzweite s = 0,4 m - Minimale Fließtiefe h = 1,0 m Die Beckendimensionen überschreiten die vorgenannten Fischmaße. Der Bemessungswels nach DWA-M 509 kann die FAA also passieren. Die Proportionsfaktoren, z. B. s= 3x Körperbreite, sind jedoch geringer als in DWA-M 509 empfohlen. Im Zuge der Ausführungsplanung wird eine Optimierung des Wehrbetriebs hinsichtlich der Durchgängigkeit für adulte Welse geprüft.

Lfd. Nr.	Kurzzusammenfassung	Wörtliche Wiedergabe der Stellungnahmen/Einwendungen	Erwiderung / weitere Planungsschritte
A.16		Handwerkskammer Braunschweig-Lüneburg-Stade	
A.16.1		Aus handwerklicher Sicht bestehen unter Berücksichtigung der uns vorgelegten Unterlagen derzeit keine Bedenken.	Kenntnisnahme, keine Handlung erforderlich
A.17		LAVES, Dezernat Binnenfischerei – Fischereikundlicher Dienst	
A.17.1 a		Gegen den Ersatzneubau der Hochwasserschutz- und Wehranlage an der Löcknitz in Wehningen bestehen keine Bedenken, sofern folgende Anmerkungen berücksichtigt werden: Bau- und betriebsbedingte Beeinträchtigungen der Fischfauna sind zu vermeiden bzw. so gering wie möglich zu halten. Der Gewässerausbau muss so schonend wie möglich erfolgen. Es ist sicherzustellen, dass während der Baumaßnahmen kein Baumaterial (z.B. Zement, Beton, Farbe, Asphalt, Schutt etc.) oder Öle, Fette und sonstige Stoffe in für Fische und andere aquatische Organismen schädlichen Mengen von der Baustelle, den Baufahrzeugen oder aus Vorratsbehältern (z.B. für Hydrauliköl etc.) in die Gewässer gelangen können. Insbesondere ist auch einem möglichen Eintrag von Bodenaushub durch geeignete Maßnahmen vorsorglich entgegenzuwirken.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Entsprechende Maßnahmen zum Fließgewässerschutz während der Baudurchführung sind in den Maßnahmenblättern (1.10 V, 1.13 V, 1.14 V) des LBP beschrieben.
A.17.1 b		Aus Gründen des Tier- und Fischartenschutzes ist rechtzeitig vor Beginn der Gewässerausbauarbeiten zu prüfen, ob eine Bergung von Fischen in betroffenen Bereichen geboten ist. Im Zweifelsfall ist eine Bergung vor und ggf. auch während der Ausbauarbeiten einzuplanen. Die geborgenen Fische sind dann schonend in nicht beeinträchtigte Gewässerabschnitte umzusetzen. Für die Fischbergung wäre rechtzeitig vorher eine Ausnahmegenehmigung zur Durchführung der Elektrofischerei beim Fischereikundlichen Dienst – Dezernat Binnenfischerei zu beantragen (gem. 44 Abs. 3 Nds.FischG i.V.m. § 10 Binnenfischereiordnung). Sehr zu begrüßen ist, dass im Zuge des Ersatzneubaus der Hochwasserschutz- und Wehranlage die ökologische Durchgängigkeit (Aufstieg) für die potenziell natürliche Fischfauna unter Berücksichtigung des aktuellen Stand des Wissens und der Technik zu Fischwegen und fischpassierbaren Bauwerken hergestellt wird. Die bisherige Sperrwirkung der alten Anlage konnte anhand von Befischungen ober – und unterhalb des Sperrwerkes 2021 anschaulich dokumentiert werden.	Im LBP sind die Fließgewässerschutzmaßnahmen (Maßnahme 1.10 V) ausführlich beschrieben, die auch eine Beeinträchtigung Fischfauna vermeiden sollen. So ist u. a. auch ein Abfischen von Fischen und Rundmäulern (Elektrobefischung) sowie ein Abharken von Muscheln vor der baulichen Beanspruchung der Löcknitz vorgesehen (Maßnahme 1.8 V).

Lfd. Nr.	Kurzzusammenfassung	Wörtliche Wiedergabe der Stellungnahmen/Einwendungen	Erwiderung / weitere Planungsschritte
A.17.1 c		Die Notwendigkeit und Verpflichtung zur Herstellung der Durchgängigkeit ergibt sich nicht nur aus dem WHG (2010) (s. Erl. Bericht S. 10/54) sondern auch aus § 48, Abs.1, Nds.FischG, wonach „wer Wehre, Schleusen, Dämme oder andere bauliche Anlagen (Sperrn), die den Wechsel der Fische verhindern oder erheblich beeinträchtigen, in einem fließenden Gewässer errichtet, auf seine Kosten ausreichende Fischwege anlegen und unterhalten (muss)“. Der für den Fischaufstieg geplante und beantragte Schlitzpasses sowie ergänzende Einrichtungen für eine möglichst ungehinderte und verzögerungsfreie Auffindbarkeit (z.B. Leitwasserleitungen, Sohlbeschaffenheit unterhalb des Auslaufes) sowie Passierbarkeit wurden mit dem LAVES-Dezernat Binnenfischerei, das die Herstellung der Durchgängigkeit in der hier beantragten Art und Weise uneingeschränkt begrüßt und befürwortet, vom Grundsatz abgestimmt.	Kenntnisnahme, keine Handlung erforderlich
A.17.1 d		Der Fischpass sollte wie beantragt genehmigt und gebaut werden. Die maximale Fließgeschwindigkeit darf an Engstellen 1,6 m/s (Grenzwert) nicht überschreiten. Hierzu ist zu ergänzen, dass seitens LAVES mit Blick auf das Leistungsvermögen schwimmschwacher Arten und Individuen die maximale Fließgeschwindigkeit eigentlich 1,2 -1,4 m/s (Grenzwert) nicht überschreiten sollte. Da an diesem Standort regelmäßig höhere Unterwasserstände auftreten, die zu phasenweiser Reduzierung der maximalen Fließgeschwindigkeiten führen und dann eher auch einen ungehinderten Aufstieg von leistungsschwächeren Individuen ermöglichen, kann der Planung wie beantragt zugestimmt werden. Zudem besteht über die Funktionskontrolle (s.u.) die Möglichkeit, anhand dann vorliegender Kenntnisse der Funktionsfähigkeit der Anlage ggf. Nachbesserungen vorzusehen.	Kenntnisnahme, keine Handlung erforderlich
A.17.1 e		Der aus dem Fischweg austretende längsdurchgängige Wanderkorridor muss für Fische hindernisfrei an die Löcknitz angebunden werden, sodass auch bei niedrigem Wasserstand in der Löcknitz aufstiegswillige Fische die Fischaufstiegsanlage ungehindert und verzögerungsfrei erreichen und in ihr aufsteigen können.	Die Gewässersohle der Löcknitz wird an die Sohle der Hochwasserschutzanlage angebunden.
A.17.1 f		Vor der Bauabnahme sind Probeläufe möglichst bei geringeren, mittleren und höheren Abflüssen (Q30, MQ, Q330) in der Anlage durchzuführen. Hierbei sind im Bereich der für die Fischpassierbarkeit relevanten Zwangspunkte wie Einläufe, Schlitze und Auslauf die Wassertiefe, die Breite der durchflossenen	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und im Rahmen der Ausführungsplanung berücksichtigt. Das LAVES wird in die weiteren Planungen einbezogen.

Lfd. Nr.	Kurzzusammenfassung	Wörtliche Wiedergabe der Stellungnahmen/Einwendungen	Erwiderung / weitere Planungsschritte
		Wassersäule sowie die Fließgeschwindigkeiten zu messen und zu dokumentieren. Sofern im Ergebnis Abweichungen vom geplanten Zustand oder andere Defizite festgestellt werden, sind diese vor der Bauabnahme zu beheben. Erforderliche Nachbesserungsmaßnahmen wären solange durchzuführen, bis der plangenehmte Zustand erreicht wurde. Im Rahmen der Probeläufe sollten auch die verschiedenen Betriebszustände der Aufstiegsanlage beachtet werden (d.h. u.a. 2 Einläufe= Ausstiege für Fische, Ausprägung der Leitströmung in Verbindung mit unterschiedlichen Unterwasserständen und der Zusatzwasserleitung).	Der LBP sieht eine verbindliche Funktionskontrolle der Fischaufstiegsanlage vor. Eine Beschreibung findet sich im LBP im Maßnahmenblatt 1.16 V.
A.17.1 g		Erst danach sollte eine abschließende Bauabnahme erfolgen. In der gesamten Anlage dürfen keine scharfkantigen baulichen Elemente auftreten, an denen Fische sich insbesondere auch bei der passiven Abwanderung verletzen könnten. Diesbezüglich ist auch das Sohlssubstrat zu prüfen. Die Sohle des Gerinnes ist jeweils bündig und lagestabil an die Sohle oberhalb und unterhalb anzubinden.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und im Rahmen der Ausführungsplanung berücksichtigt. Das LAVES wird in die weiteren Planungen einbezogen.
A.17.1 h		Nach Fertigstellung der Anlage ist eine Funktionskontrolle auf der Grundlage des BWK-Methodenstandards (2006) durchzuführen, die aus einer Überprüfung der abiotischen Parameter sowie einer biologischen Überprüfung des Fischaufstiegs besteht. Die Kontrolle sollte frühestens nach einem Jahr nach Inbetriebnahme beginnen und spätestens 3 Jahre nach Inbetriebnahme beendet sein, alle Betriebszustände abdecken und möglichst mindestens ein Jahr lang erfolgen. Bezgl. weiterer bisheriger Abstimmungen zur Funktionskontrolle ist auf das Protokoll der Besprechung am 11.02.2021 beim NLWKN Lüneburg zu verweisen. Hieraus folgt, dass eine abschließende Abstimmung mit dem LAVES noch nicht erfolgt ist, also noch erfolgen muss. Für den Fang von Fischen in Fischwegen zum Zweck der Funktionskontrolle (§ 49, Absatz 1, Satz 2, Nds.FischG) ist rechtzeitig vorher, ebenso wie für die Durchführung der Elektrofischerei, eine Ausnahmegenehmigung beim LAVES zu beantragen. Je nach Ergebnis der Funktionskontrolle wäre die Fischaufstiegsanlage innerhalb eines festzulegenden Zeitraumes nachzubessern und wiederum eine Kontrolle durchzuführen, solange bis eine gute Funktionsfähigkeit valide bestätigt werden kann.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Das LAVES wird in die weiteren Planungen einbezogen. Insbesondere die Funktionskontrolle wird eng gemeinsam abgestimmt. Eine Beschreibung auf Basis des aktuellen Planungsstand findet sich im LBP im Maßnahmenblatt 1.16 V.

Lfd. Nr.	Kurzzusammenfassung	Wörtliche Wiedergabe der Stellungnahmen/Einwendungen	Erwiderung / weitere Planungsschritte
A.17.1i		Bei der biologischen Aufstiegskontrolle sind über einen längeren Zeitraum (s.o.) über die Anlage aufgestiegene Fische mittels einer am bzw. vor dem Einlauf in die FAA eingebrachten geeigneten Fangeinrichtung (Reuse) zu erfassen, zu dokumentieren und danach in das Oberwasser zu entlassen. Für diese Kontrolle ist eine geeignete Haltevorrichtung einzuplanen. Im Antrag ist das unterhalb des Ausstiegs 1 liegende Becken als „Kontrollbecken“ eingeplant. Da die Reuse noch nicht Gegenstand des Antrages ist, bitte ich sicherzustellen, dass die seitens des Vorhabenträgers noch zu erstellende Kontrolleinrichtung (Reuse) auch mit dem LAVES abgestimmt wird.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Das LAVES wird in die weiteren Planungen einbezogen. Insbesondere die Funktionskontrolle wird eng gemeinsam abgestimmt. Im Maßnahmenblatt 1.16V ist eine verbindlicher Funktionskontrolle der Fischaufstiegsanlage festgelegt.
A.17.1j		Die Unterhaltung und Wartung der Aufstiegsanlage ist verbindlich zu regeln. Bei der Unterhaltung ist sicherzustellen, dass die Fließtiefen, die lichten Riegelöffnungen und Fließgeschwindigkeiten wie beantragt eingehalten werden. D.h., dass auch dann Getreibsel zu entfernen ist, wenn der Abfluss womöglich an sich sichergestellt ist, jedoch die Passierbarkeit für aufsteigende und absteigende Fische nicht oder nur eingeschränkt möglich ist.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und im Rahmen der Aufstellung des Betriebskonzepts berücksichtigt.
A.17.1k		Der beantragte Schlitzpass ist ein Fischweg im Sinne § 48 Abs.1 Nds.FischG, in dem der Fischfang gemäß § 49 Abs.1 Nds.FischG verboten ist. In den Strecken oberhalb und unterhalb ist der Fischfang ebenfalls verboten. Zuständig für die Festlegung der Ausdehnung dieser Strecken ist der Landkreis. Rechtsgrundlage für die Festsetzung von Fischereiverbotzonen im Bereich von Fischwegen bildet § 49 Abs. 2 i.V.m. Abs. 3 Nds.FischG. Aus hiesiger Sicht wird empfohlen, eine Fischfangverbotszone von ca. 50 m unterhalb und ca. 50 m oberhalb des Vertical-Slot-Passes festzulegen.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Nach Fertigstellung erfolgt eine entsprechende Information an den Landkreis.
A.17.1l		Neben einem ungehinderten Aufstieg für die gesamte, hier zu berücksichtigende potenziell natürliche Fischfauna des betroffenen Wasserkörpers ist Fischen und Neunaugen auch ein ungehinderter, schädigungsfreier und verzögerungsfreier Abstieg über das Wehr und die Aufstiegsanlage zu ermöglichen, d.h. das über das Wehr und die Aufstiegsanlage abwandernde Fische nicht geschädigt werden dürfen. Hierfür ist beim Überfall von Fischen über das ein ausreichend tiefes Wasserpelster unterhalb des Wehres und eine ungehinderte Abwanderung der Fische weiter in das Unterwasser sicherzustellen. Bei steigenden Abflüssen sollte zunächst nur ein Wehrfeld überströmt werden, um schnellstmöglich eine ausreichende Überfallhöhe für einen Fischabstieg zu	Die Optimierung der Wehrsteuerung wird sowohl auf die Verbesserung der Auffindbarkeit der Fischaufstiegsanlage als auch auf den Fischabstieg im Rahmen der Ausführungsplanung geprüft.

Lfd. Nr.	Kurzzusammenfassung	Wörtliche Wiedergabe der Stellungnahmen/Einwendungen	Erwiderung / weitere Planungsschritte
		erzielen, bevor beide Wehrfelder breitflächig überströmt werden. Ein entsprechendes Wehrbetriebskonzept (angepasste Wehrsteuerung) zur Optimierung des Fischabstiegs sollte festgelegt werden.	
A.17.1 m		Der Kolk darf bei zurückgehendem Unterwasserstand nicht zur Fischfalle werden.	<p>Einen „technischen Kolk“ stellt das Tosbecken der Wehranlage dar, welches technisch zwingend erforderlich ist.</p> <p>Auch die Sohleintiefung von 20 cm im Bereich der Schlagtore der HWSA könnte als „technischer Kolk“ wirken. Löcknitzseitig ist diese Sohlstufe als Anschlag für die Tore im Hochwasserfall ebenfalls technisch zwingend erforderlich. Elbseitig wurde überschlägig geprüft, ob diese anders ausgestaltet werden kann:</p> <p>Die Oberkante des elbseitigen Dremfels entspricht der Sohlhöhe der Löcknitz. Würde der Dremfel weggelassen, so liegt die Massivbauoberkante der Sohle der HWSA 20 cm tiefer, was eine Anpassung der Gewässersohle im Übergangsbereich erforderlich machen würde. Eine solche Sohlanpassung würde die Mulde, in der Fische bei extremen Niedrigwasserständen stranden, nur vergrößern, das Problem jedoch nicht lösen. Zudem wäre dies technisch ungünstig, da so mit einem deutlich erhöhten Sedimenteintrag in den Laufweg des Schlagtores (=technischer Kolk) zu rechnen ist.</p> <p>Tosbecken und Dremfel sind daher zwingend als „technischer Kolk“ auszuführen. Eine Fischfalle entsteht jedoch nur bei extremen Niedrigwasserereignissen, bei denen auch in natürlichen Gewässern Kolke Fischfallen oder auch Rückzugsräume für die Gewässerfauna darstellen. In der Ausführungsplanung werden</p>

Lfd. Nr.	Kurzzusammenfassung	Wörtliche Wiedergabe der Stellungnahmen/Einwendungen	Erwiderung / weitere Planungsschritte
			Maßnahmen einer optimierten Wehranlagensteuerung speziell für extreme Niedrigwasserereignisse geprüft werden.
A.17.1 n		Noch in der Ausführungsplanung zu regelnde Details für den Fischaufstieg (z.B. Leitwasserleitung) und Fischabstieg bitte ich auch mit dem LAVES abzustimmen.	Im Rahmen der Ausführungsplanung soll eine abschließende Abstimmung mit dem LAVES erfolgen.
A.18		Biosphärenreservatsamt Schaalsee-Elbe – Untere Naturschutzbehörde	
A.18.1		<p>Das Biosphärenreservatsamt Schaalsee-Elbe (BRA SCHELB) ist gemäß § 4 NatSchAG M-V die zuständige untere Naturschutzbehörde im räumlichen Geltungsbereich des Biosphärenreservates Flusslandschaft Elbe M-V und daher ggf. nur von mittelbaren, indirekten Wirkungen des Vorhabens betroffen. Das BRA SCHELB wurde mit Schreiben vom 11.10.2023 um Abgabe einer Stellungnahme im Zuge einer Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gebeten. Grundlage der Stellungnahme bilden die eingereichten Entwurfsunterlagen, bestehend u.a. aus:</p> <ul style="list-style-type: none"> + Technische Entwurfs- und Genehmigungsplanung inkl. zeichnerischer Anlagen und Gutachten + Umweltverträglichkeitsstudie inkl. zeichnerischer Anlagen sowie der vegetationskundlichen und faunistischen Kartierungsergebnisse + FFH-Verträglichkeitsuntersuchung inkl. der FFH-Vorprüfung für das mecklenburgische Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung (GGB) DE 2833-306 „Elbtallandschaft und Löcknitzniederung bei Dömitz“ + Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag inkl. Anlagen + Landschaftspflegerischer Begleitplan inkl. zeichnerischer Anlagen + Fachbeitrag Wasserrahmenrichtlinie. <p>Gemäß § 34 Abs. 1 BNatSchG in Verbindung mit § 21 Abs. 2 NatSchAG M-V sind in den Gebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung nach FFH-Richtlinie alle Vorhaben, Maßnahmen, Veränderungen oder Störungen, die zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Gebietes des europäischen ökologischen Netzes NATURA 2000 in seinen für die Erhaltungsziele maßgeblichen Bestandteilen führen können, unzulässig, unabhängig davon, ob das Projekt direkt Flächen innerhalb des Natura 2000-Gebietes in Anspruch nimmt oder von außen auf das Gebiet einwirkt. Zum Nachweis der Verträglichkeit des Vorhabens mit</p>	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Eine Änderung der rechtlichen Stauziele soll nicht erfolgen und ist daher nicht Teil des Planfeststellungsverfahrens. Inwieweit eine Anhebung der betrieblichen Wasserstände im Rahmen des genehmigten maximalen Stauziels möglich ist, wäre mit dem StALU-WM als Betreiber der Wehranlage abzustimmen.

Lfd. Nr.	Kurzzusammenfassung	Wörtliche Wiedergabe der Stellungnahmen/Einwendungen	Erwiderung / weitere Planungsschritte
		<p>Schutzzweck und Erhaltungszielen des Gebietes von gemeinschaftlicher Bedeutung nach FFH-Richtlinie DE 2833-306 „Elbtallandschaft und Löcknitzniederung bei Dömitz“ wurde eine FFH-Verträglichkeitsvorprüfung erarbeitet. Als potenziell von dem Vorhaben ausgehende bau-, anlage- und betriebsbedingten Wirkungen sind für mich nur die Auswirkungen relevant, die sich nachweislich auf das flussaufwärts der Löcknitz bzw. des Löcknitz-Kanals als künstlicher Mündungsverlegung gelegene GGB und deren Fließgewässerzönosen von gemeinschaftlicher Bedeutung auswirken können. Ich bestätige die in den eingereichten Unterlagen getroffenen Einschätzungen, dass von dem Vorhaben keine Wirkungen ausgehen, die in der Lage sind, den Schutzzweck und die Erhaltungsziele des GGB DE 2833-306 „Elbtallandschaft und Löcknitzniederung bei Dömitz“ erheblich zu beeinträchtigen. Auf die Erarbeitung von FFH-Verträglichkeitsuntersuchungen im Sinne von Hauptprüfungen kann verzichtet werden. Die Einhaltung der in den Unterlagen festgesetzten schadensbegrenzenden Maßnahmen ist dafür Voraussetzung.</p> <p>Anzumerken ist dabei, dass die Errichtung des Löcknitz-Kanals Anfang der 1970-er Jahre zu großräumigen Entwässerungen und einem erheblichen Absinken des Grundwasserspiegels in den angrenzenden Talsandterrassen und Binnendünen geführt hat. Dieser nachteilige Prozess wird aktuell durch die Klimawandelfolgewirkungen und Intensivierung der Landnutzung weiter verstärkt mit z.T. irreparablen Auswirkungen auf die betroffenen Lebensräume. Zielstellung sollte es daher sein, durch Änderung der Stauhaltung und Einstellung höherer Stauziele unter Gewährleistung der weiteren Funktionen des Kanals diesen Folgewirkungen entgegenzusteuern.</p>	
A.19		Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG)	
A.19.1		<p>Sofern im Zuge des o.g. Vorhabens Baumaßnahmen erfolgen, verweisen wir für Hinweise und Informationen zu den Baugrundverhältnissen am Standort auf den NIBIS® Kartenserver. Die Hinweise zum Baugrund bzw. den Baugrundverhältnissen ersetzen keine geotechnische Erkundung und Untersuchung des Baugrundes bzw. einen geotechnischen Bericht. Geotechnische Baugrunderkundungen/-untersuchungen sowie die Erstellung des geotechnischen Berichts sollten gemäß der DIN EN 1997-1 und -2 in Verbindung mit der DIN 4020 in den jeweils gültigen Fassungen erfolgen.</p> <p>In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange haben wir keine weiteren Hinweise oder Anregungen.</p>	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen der Planung beachtet.

Lfd. Nr.	Kurzzusammenfassung	Wörtliche Wiedergabe der Stellungnahmen/Einwendungen	Erwiderung / weitere Planungsschritte
		Die vorliegende Stellungnahme hat das Ziel, mögliche Konflikte gegenüber den raumplanerischen Belangen etc. ableiten und vorausschauend berücksichtigen zu können. Die Stellungnahme wurde auf Basis des aktuellen Kenntnisstandes erstellt. Die verfügbare Datengrundlage ist weder als parzellenscharf zu interpretieren noch erhebt sie Anspruch auf Vollständigkeit. Die Stellungnahme ersetzt nicht etwaige nach weiteren Rechtsvorschriften und Normen erforderliche Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen oder objektbezogene Untersuchungen.	
A.20		Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie Mecklenburg-Vorpommern	
A.20.1	Keine Bedenken	Das Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie M-V gibt zu den eingereichten Unterlagen vom 11.10.2023 keine Stellungnahme ab.	Keine Handlung erforderlich.
A.21		Staatliches Amt für Landwirtschaft und Umwelt Westmecklenburg (StALU-WM)	
A.21.1		Oberhalb des Wehres bei Wehningen, ca. 1 km flussaufwärts (Landesgrenze), fließt die Löcknitz im Amtsbereich des Landes Mecklenburg-Vorpommern als Gewässer I. Ordnung mit beidseitigen Hochwasserschutzdeichen. Die geplanten Hochwasserschutzmaßnahmen haben Auswirkungen auf die wasserwirtschaftlichen Anlagen im Land M-V und sind daher mit dem Fachdezernat 43 des StALU Westmecklenburg abzustimmen.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen der Planung und dem späteren Betrieb beachtet.
A.21.2		1. Landwirtschaft/EU-Förderangelegenheiten Die vorliegenden Unterlagen wurden erneut aus landwirtschaftlicher Sicht geprüft. Landwirtschaftliche Belange sind im Bereich des StALU Westmecklenburg nicht betroffen. Bedenken und Anregungen werden nicht geäußert.	Kenntnisnahme, keine Handlung erforderlich
A.21.3		2. Integrierte ländliche Entwicklung Als zuständige Behörde zur Durchführung von Verfahren zur Neuregelung der Eigentumsverhältnisse nach dem 8. Abschnitt des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes und des Flurbereinigungsgesetzes teile ich mit, dass sich das Vorhaben in keinem Verfahren zur Neuregelung der Eigentumsverhältnisse befindet. Bedenken und Anregungen werden deshalb nicht geäußert.	Kenntnisnahme, keine Handlung erforderlich

Lfd. Nr.	Kurzzusammenfassung	Wörtliche Wiedergabe der Stellungnahmen/Einwendungen	Erwiderung / weitere Planungsschritte
A.21.4		3. Naturschutz, Wasser und Boden <u>3.1 Naturschutz</u> Das von Ihnen geplante Vorhaben befindet sich innerhalb des Zuständigkeitsbereiches des Biosphärenreservatsamtes Schaalsee-Elbe, das als zuständige untere Naturschutzbehörde zu beteiligen ist.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen der Planung beachtet.
A.21.5 a		<u>3.2 Wasser</u> Vorab ist anzumerken, dass die Planfeststellungsunterlagen in einer stark gekürzten Version ausgelegt wurden. Viele in den letzten Jahren durchgeführten Detailabstimmungen wurden zwar gut in der Entwurfsplanung (Stand 08.11.2021) dokumentiert, finden aber in den Planfeststellungsunterlagen eine zu geringe bzw. keine Würdigung, obwohl einige Punkte aus der Entwurfsplanung planfeststellungsrelevant sind. Es wurden zudem keine Gutachten zu Baugrunderkundungen sowie statischen und hydraulischen Berechnungen beigelegt. Diese sollten unseres Erachtens Bestandteil der Planfeststellungsunterlagen werden. Folgendes ist aus Sicht des für den Hochwasserschutz und die Gewässer 1. Ordnung im Bereich Westmecklenburg zuständigen Dezernates 43 des StALU WM zu dem Vorhaben anzumerken:	Es soll keine detaillierte Festlegung über die Planfeststellung erfolgen. Die hydraulische Berechnung wird nachrichtlich als Anlage beigelegt.
A.21.5 b		1. Da die Planfeststellungsunterlagen keine hydraulische Gutachten enthalten, bitten wir um Überprüfung und Mitteilung, ob die im Jahre 2018 von ProAqua durchgeführte hydraulische Vordimensionierung noch aktuell ist bzw. dem aktuellen Planungsstand angepasst wurde. Gibt es weitere hydraulische Untersuchungen?	Weitere hydraulische Untersuchungen wurden nicht durchgeführt.
A.21.5 c		2. Bezug: Erläuterungsbericht Kapitel 3.1.1, erste Aufzählung Die Zuständigkeiten sowie der Umfang der Bedienung und Unterhaltung der Wehr- und Fischaufstiegsanlage sollen gemäß Abstimmung mit dem NLWKN (Fr. Sandkühler / Hr. Bujak 27728.03.2023) in einer gesonderten (außerhalb des Planfeststellungsverfahrens) länderübergreifenden Vereinbarung geregelt werden.	Die Vereinbarung wird im Rahmen der nachfolgenden Planungsschritte aufgestellt und länderübergreifend abgestimmt.
A.21.5 d		3. Bezug: Erläuterungsbericht Kapitel 3.1.3, letzter Absatz Wurden für eine klimawandelbedingte zukünftige Erhöhung der HWSA in den statischen Berechnungen Reserven eingeplant? Es liegen den	Aufgrund der aktuellen Erlasslage war eine explizite Berücksichtigung in der vorliegenden Planung nicht möglich. Bei einer zukünftig ggf.

Lfd. Nr.	Kurzzusammenfassung	Wörtliche Wiedergabe der Stellungnahmen/Einwendungen	Erwiderung / weitere Planungsschritte
		Planfeststellungsunterlagen leider keine statischen Berechnungen oder detaillierte Aussagen diesbezüglich bei.	erforderlichen Nacherhöhung müsste das separat nachgewiesen werden.
A.21.5 e		4. Bezug: Erläuterungsbericht Kapitel 4.3.1, Wehr, Seite 24 Gemäß Abstimmung mit dem NLWKN (Fr. Sandkühler / Hr. Bujak 27728.03.2023) soll das bisherige maximale Stauziel von 12,75 m NHN (gemäß Wasserrecht des Altwehres) am Oberwasser des Wehres weiterhin erhalten bleiben und sollte im o.g. Kapitel ergänzt werden. Neben den für die Auslegung der Fischaufstiegsanlage (FAA) abgestimmten Regel-Stauziele bzw. Lamellen (BWo 12,431 +/- 10 cm & BWu 12,131 +/- 10 cm), sollte - um auch zukünftig die Option für außergewöhnliche und klimawandelbedingte Dürren offen zu halten - das bisherige maximale Stauziel von 12,75 m NHN (BWWmax) für maximal 30 Tage im Jahr weiterhin berücksichtigt und im Planfeststellungsbeschluss festgelegt werden.	Keine Änderung der Stauregulierung vorgesehen, daher keine erneute Festlegung im Rahmen der Planfeststellung. Nachrichtlich liegen die Wasserrechtliche Nutzungsgenehmigung und die Höhenumrechnung als Anlage bei. Siehe Anpassung im Erläuterungsbericht Blaudruck Abs. 4.3.1
A.21.5 f		5. Bezug: Erläuterungsbericht Kapitel 4.3.2, Seite 24 Wurden die Auswirkungen der Sickerlinie bei hohen Elbewasserstände (BWw) und niedrigen Löcknitzwasserständen (BWo) auf Spundwände und deren Anker für alle Anlagenteile (HWSA, Wehr, FAA) untersucht und bewertet?	Auswirkungen wurden anhand der Parameter des Baugrundgutachtens berücksichtigt, sind jedoch nicht Bestandteil der Planfeststellung.
A.21.5 g		6. Bezug: Erläuterungsbericht Kapitel 4.4.1, erster Absatz, Seite 25 Ist die Stauhöhe von knapp 8 m statisch hinterlegt? Stellt dieser Lastfall (18,081 m NHN im elbseitig und 10,24 m NHN löcknitzseitig) die statisch maximale Wasserstands-Differenz dar? Die Entwurfsplanung (Stand 08.11.2021) beinhaltet eine zulässige maximale Wasserstandskonstellation von 18,081 m NHN elbseitig und 12,531 m NHN löcknitzseitig an der HWSA. Falls dies noch aktuell ist, bitte ich um Aufnahme im Erläuterungsbericht der Planfeststellungsunterlagen.	Die Stauhöhe von knapp 8 m entspricht dem Höhenunterschied von der Bauwerkssohle zum elbseitigen Bemessungswasserstand. Die Wasserstandskombination +18,081mNHN elbeseitig und +10,24mNHN löcknitzseitig kann jedoch nicht auftreten. Solange elbeseitig nicht die Wasserstandshöhe des oberen Stauziels der Wehranlage (+12,531mNHN) erreicht ist, tritt keine Torbewegung an der HWSA in Kraft. Somit kann bei vollem Einstau der HWSA löcknitzseitig der Wasserstand nicht geringer als das Stauziel auftreten, wie es in der Statik berücksichtigt wurde. Diese Angaben sind jedoch nicht planfeststellungsrelevant, weshalb keine Aufnahme in die Planfeststellungsunterlagen erfolgt.

Lfd. Nr.	Kurzzusammenfassung	Wörtliche Wiedergabe der Stellungnahmen/Einwendungen	Erwiderung / weitere Planungsschritte
			Siehe Anpassung im Erläuterungsbericht Blaudruck Abs. 4.4.1
A.21.5 h		7. Welche maximalen Wasserstands-Differenzen sind für die Wehranlage zulässig? Hierzu gibt es zwei mögliche Konstellationen: 1. kleines Hochwasser in der Elbe und Niedrigwasser in der Löcknitz, 2. Sommerstau in der Löcknitz und Niedrigwasser in der Elbe. Der Erläuterungsbericht enthält hierzu keine Angaben.	Beide Konstellationen sind statisch berücksichtigt.
A.21.5i		8. Bezug: Erläuterungsbericht Kapitel 4.9.2, Punkt 12, Seite 49 Wie im Vorabzug der Vorplanung (Stand 06.08.2020) bereits hinterfragt, muss genauer betrachtet werden, ob und wie ein Überpumpen realistisch funktioniert und über welchen Zeitraum dies betrieben werden soll. Der mittlere Abfluss in Wehningen liegt bei ca. 4,6 m³/s. Ggf. müssen Maßnahmen in Brandenburg am Schöpfwerk Gaarz durchgeführt und abgestimmt werden, um den Abfluss in der Löcknitz zu verringern. Hierzu sind uns keine detaillierten Betrachtungen bekannt. Wir bitten, dies spätestens zur Ausführungsplanung zu untersuchen.	Es sind keine grundsätzlichen Änderungen des Betriebs vorgesehen, weshalb keine Auswirkungen nach Brandenburg zu erwarten sind. Weitergehende Untersuchungen zu Anlagen in Brandenburg liegen nicht in der Zuständigkeit des NLWKN und sind durch die unmittelbar zuständigen Institutionen vorzunehmen.
A.21.j		9. Betriebsfälle: In den Planfeststellungsunterlagen sind keine Erläuterungen zu den Betriebsfällen (analog Vorplanung Stand 06.08.2020) enthalten. Da die Betriebsfälle I bis VI die wesentlichen Aufgaben der Wehr- und Hochwasserschutzanlage beschreiben, bitten wir um detaillierte Aufnahme im Planfeststellungsbeschluss.	Eine Änderung des Betriebsfälle ist nicht vorgesehen, daher keine erneute Festlegung im Rahmen der Planfeststellung. Nachrichtliche Anlage der Bedienungsanleitung
A.21.5 k		1. Betriebskonzept: Wir bitten um Erstellung und Abstimmung (mit dem StALU WM) eines Betriebskonzepts. Dies sollte spätestens Bestandteil in der o.g. (Pkt. 2 dieser Stellungnahme) genannten länderübergreifenden Vereinbarung sein. Darin sollten unseres Erachtens u.a. enthalten sein: Beschreibung aller Betriebsfälle I bis VI, Festlegung der Verschluss- und Öffnungswasserstände aller Anlagenteile, Stauziele, maximale Wasserstands-Konstellationen aller Anlagenteile, Zuständigkeiten, Umgang mit außergewöhnlichen Wasserständen (Stichwort Kaskadenwasserhaltung, Mailverkehr Hr. Jänsch/ Hr. Bujak 19.01.2021).	Zusage: Das Betriebskonzept wird im Rahmen der nachfolgenden Planungsschritte aufgestellt und länderübergreifend abgestimmt. Die aufgeführten Punkte sollten auch aus Sicht NLWKN-GB1 enthalten sein.
A.21.6		<u>3.3 Boden</u> Das Altlasten- und Bodenschutzkataster für das Land Mecklenburg-Vorpommern wird vom Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie Mecklen-	Wird im Rahmen der Planung beachtet, sofern zutreffend.

Lfd. Nr.	Kurzzusammenfassung	Wörtliche Wiedergabe der Stellungnahmen/Einwendungen	Erwiderung / weitere Planungsschritte
		<p>burg-Vorpommern, Goldberger Straße 12, 18273 Güstrow, anhand der Erfassung durch die Landräte der Landkreise und Oberbürgermeister/Bürgermeister der kreisfreien Städte geführt. Entsprechende Auskünfte aus dem Altlastenkataster sind dort erhältlich.</p> <p>Werden in Bewertung dieser Auskünfte oder darüber hinaus durch Sie schädliche Bodenveränderungen, Altlasten oder altlastverdächtige Flächen im Sinne des Bundesbodenschutzgesetzes (BBodSchG) festgestellt, sind Sie auf Grundlage von § 2 des Gesetzes zum Schutz des Bodens im Land Mecklenburg-Vorpommern (Landesbodenschutzgesetz - LBodSchG M-V) verpflichtet, den unteren Bodenschutzbehörden der Landkreise und kreisfreien Städte hierüber Mitteilung zu machen.</p>	
A.21.7		<p>4. Immissions- und Klimaschutz, Abfall- und Kreislaufwirtschaft</p> <p>Genehmigungsbedürftige Anlagen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)</p> <p>Im Planungsbereich und seiner immissionsschutz-/abfallrelevanten Umgebung befinden sich keine Anlagen, die nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz genehmigt bzw. angezeigt wurden. Für das o. g. Planfeststellungsverfahren besteht keine Betroffenheit.</p>	Kenntnisnahme, keine Handlung erforderlich
B		Umweltverbände	
B.1		Anglerverband Niedersachsen	
B.1.1		<p>Zu der geplanten Wiederherstellung der Hochwasserschutzfunktion des Wehres bei Wehningen haben wir keine Bedenken. Wir begrüßen die erstmalige Errichtung des gut dimensionierten Fischpasses und die geplanten Vermeidungsmaßnahmen zum Schutz der Fischfauna (V1.8).</p> <p>Unklar ist jedoch der Umfang der dauerhaften Dotierung des Fischpasses. Konkret wurde nur die maximale Beaufschlagung mit 500 /s genannt. Gibt es dazu weitergehende, verbindliche Regelungen und Auflagen, die verhindern, dass ggf. der Durchfluss im Fischpass unsachgemäß eingeschränkt / manipuliert wird?</p> <p>Wir weisen darauf hin, dass die geplante Fischbergung der Zustimmung des Fischereiberechtigten bedarf, die aber sicherlich ohne Probleme erteilt wird. Die Wasserhaltungsmaßnahmen sollten gem. § 51 NFischG rechtzeitig dem Fischereirechtsinhaber mitgeteilt werden. Wir teilen ihnen gerne die Kontaktdaten des Fischereiberechtigten mit.</p>	<p>Zusage: Vor dem Abfischen wird der Kontakt mit dem Fischereiberechtigten aufgenommen. Der LBP sieht eine verbindliche Funktionskontrolle der Fischaufstiegsanlage vor. Eine Beschreibung findet sich im LBP im Maßnahmenblatt 1.16 V.</p> <p>Die Dotierung des Fischpasses wird über den Betriebsplan festgelegt, welcher nicht Teil der Planfeststellung ist. Zusage: Der Betriebsplan wird der Planfeststellungsbehörde nach Finalisierung übersandt.</p>

Lfd. Nr.	Kurzzusammenfassung	Wörtliche Wiedergabe der Stellungnahmen/Einwendungen	Erwiderung / weitere Planungsschritte
		Wir regen weiterhin an, die Funktionsfähigkeit der Fischaufstiegsanlage mittels eines verbindlichen Monitorings zu evaluieren und dafür schon währen der Bauphase die dafür geeigneten Installationen (z. B. Halterungen für Reusen u. ä.) vorzusehen.	
C		Private Einwendungen	